

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Umwelt- und
Klimaschutz**

71. Sitzung
25. Juni 2026

Beginn: 09.01 Uhr
Schluss: 12.04 Uhr
Vorsitz: June Tomiak (GRÜNE);
zeitweise Danny Freymark (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende June Tomiak: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0308](#)
Berliner Wärmeplanung – Zukünftige Ausgestaltung UK
der Wärmeversorgung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)
- (neu) b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0309](#)
Wärmeplanung des Berliner Senats UK
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Schlopsnies der SenMVKU anwesend und steht für Fragen zur Verfügung. – Danke, dass Sie heute hier sind! – Zu unserer Anhörung begrüße ich auch ganz herzlich die Anzuhörenden Herrn Daniel Buchholz, er ist Vorstandsmitglied des BUND Berlin e. V. – schön, dass Sie da sind! –, Herrn Jan Kowalewski, Bereichsleiter Technik, Energie und Klima des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. – BBU – schön, dass Sie da sind! –, und Herrn Reiner Wild, Vorstand der nahwärme-eichkamp.berlin eG – auch an Sie herzlich willkommen bei uns! Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass eine Aufzeichnung über die Webseite aufzurufen sein wird. Ich darf feststellen, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. – Alle sind einverstanden. Sehr gut, dann verfahren wir so! Wünscht der Ausschuss die Anfertigung eines Wortprotokolls? – Ich gehe davon aus, dass wir das so machen, dann machen wir das so. Möchten die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und/oder Die Linke eine Begründung des Besprechungsbedarfs zu TOP 3 a vornehmen? – Das ist der Fall. Herr Dr. Taschner, Sie haben das Wort!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir die selbstgesteckten Klimaziele erreichen wollen, dann müssen wir die sozial-ökologische Wärmewende konsequent vorantreiben. Die nun vorliegende Wärmeplanung ist dafür ein wichtiger Meilenstein. Sie schafft Orientierung, sie schafft Transparenz, und sie zeigt auf, wie die Wärmeversorgung unserer Stadt Schritt für Schritt klimaneutral werden kann.

Doch eines ist ebenso klar: Mit der Veröffentlichung der Wärmeplanung ist die Arbeit nicht erledigt. Sie beginnt jetzt erst. Um dabei erfolgreich zu sein, braucht es politische Steuerung, handlungsfähige Bezirke und vor allem verlässliche Beratungsangebote und das eben nicht nur für Immobilienbesitzende, sondern auch für Mieterinnen und Mieter, Wohnungseigentümergeinschaften und Hausverwaltungen. Gerade in einer Mieterstadt wie Berlin kommt es mehr denn je darauf an, einen klaren Fahrplan für den Umstieg auf erneuerbare Wärme zu haben. Für die Berlinerinnen und Berliner muss die Wärmewende vor allem eines bedeuten: Sicherheit, Sicherheit, dass Energie zum Heizen auch in Zukunft verlässlich, bezahlbar und unabhängig von Krisen, Kriegen und Energiemärkten zur Verfügung steht.

Oft wird vergessen, dass die Wärmewende mehr ist als eine technische Herausforderung. Rohre, Wärmepumpen und Netze alleine reichen nicht aus. Die Wärmewende braucht Akzeptanz, gute Kommunikation und Unterstützung für die Menschen vor Ort. Sie braucht zielgruppengerechte Beratung, sie braucht die Qualifikation und Vernetzung von Fachkräften, wie es zum Beispiel die Wärmewende Akademie in Mannheim vormacht, und sie braucht die Umsetzung auf Quartiersebene. Andere Städte sind bereits deutlich weiter, ob in München oder Mannheim. Dort wird die Wärmewende längst konkret gestaltet. Genau diesen Schritt muss Berlin jetzt ebenfalls gehen und sich dabei gerne auch etwas von anderen Städten abschauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wärmeplanung liefert den Kompass. Jetzt kommt es darauf an, den Weg auch entschlossen zu gehen. Denn eine klimaneutrale Wärmeversorgung ist nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz. Sie ist eine Investition in bezahlbare Energie und die Zukunft unserer Stadt. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Dr. Efler!

Dr. Michael Efler (LINKE): Ich mache es mal ganz kurz. Es kommen nachher noch eine ganze Menge Fragen. Erst einmal will ich ganz herzlich Danke für den Prozess der Erstellung der Wärmeplanung und die Vorlage der Wärmeplanung sagen! Das war sicherlich ein ganz schöner Ritt, und jetzt ist es auch fristgerecht fertig geworden. Wir haben damit eine wichtige Grundlage auf dem Tisch, wie wir die Klimaneutralität im Bereich der Wärmeversorgung erreichen können. Zusätzlich zum Dekarbonisierungsfahrplan der BEW, der auch vor Kurzem kam, haben wir jetzt wirklich zwei Riesenbrocken auf dem Tisch, die wir auch miteinander anschauen müssen, auch miteinander vergleichen müssen. Dazu komme ich nachher noch einmal. Erst einmal ganz herzlichen Dank dafür! Für uns ist neben der von Herrn Taschner angesprochenen Frage der Dekarbonisierung der Wärmewende auch die Verlässlichkeit und die Bezahlbarkeit wichtig. Auch dazu müssen wir, glaube ich, noch ein wenig ins Detail gehen, welche Instrumente wir da haben, Stichwort Fernwärmepreise, auch Regulierungen von Preisen, Preistransparenz. Ich glaube aber, dass die Wärmeplanung genügend Anknüpfungspunkte bietet, um in den nächsten Jahren große Fortschritte zu erzielen. Alles Weitere später!

Vorsitzende June Tomiak: Möchten die Fraktionen der CDU und/oder der SPD begründen? – Das ist der Fall. – Herr Freymark, Sie haben das Wort.

Danny Freymark (CDU): Ich will mich dem Dank von Herrn Dr. Efler insofern anschließen, dass es wirklich toll ist, dass wir jetzt sehr konkret diskutieren können, möglicherweise ein Meisterwerk, für mich auch eine Art Lexikon, 149 Seiten Wärmeplanung in Berlin vorgelegt, für jeden Gast nachzulesen, alles transparent, natürlich nicht in der Form verbindlich, wie es sich der eine oder andere wünschen würde, aber eine wunderbare Übersicht, um den Status quo zu kennen. Anders als von Herrn Dr. Taschner dargestellt empfinde ich es so, dass wir bei der Wärmeplanung jetzt nicht auf diesen Plan gewartet haben, sondern schon vor vielen Jahren auch unter anderen parteipolitischen Konstellationen uns auf den Weg gemacht haben.

Kurz zur Begründung: Die Klimaneutralität 2045 wird von uns nicht in Zweifel gezogen, sondern ganz im Gegenteil. Wir müssen sie tatsächlich mit aller Kraft anstreben. Trotzdem ist es so, dass die nächsten 50 Prozent CO₂, die wir in Berlin seit 1990 schon eingespart haben,

schwerer zu erreichen wären als die ersten 50 Prozent. Das Zweite, das ich ganz wichtig finde, ist die Frage der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit. Deswegen sind das ganz wesentliche Punkte, die auch dazu geführt haben, dass wir in dieser Wahlperiode uns so oft mit dem Thema der Wärmeplanung beschäftigt haben wie in keiner zuvor. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir so oft auch in diesem Ausschuss darüber diskutiert haben. Deswegen, wie gesagt, nehmen Sie bitte den Dank auch mit in die Verwaltung. Herr Schlopsnies, Ihnen persönlich großen Dank, weil ich weiß, mit wie viel Eifer Sie mit Ihrem Team mitgewirkt haben! Ich freue mich jetzt auf die Anhörung und würde die Anzuhörenden dann bitten – übrigens herzlich willkommen zurück, lieber Kollege Buchholz, wenn ich das so sagen darf! Er saß lange Zeit mir gegenüber. Wir haben uns regelmäßig angelächelt oder auch mal nicht. Mal schauen, wie das heute ausgeht! –, dass Sie uns ein bisschen transparent machen, ob Sie gut eingebunden waren, welche Erwartungen Sie hatten und wie Sie die Entwicklung mit Ihrem Blickwinkel sehen. Das würde uns hier, glaube ich, ein Tickchen schlauer machen. Ich freue mich auf die Debatte. – Danke schön!

Vorsitzende June Tomiak: Zur Begründung Frau Vierecke!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Auch ich möchte Danke sagen, weil ich glaube, dass das etwas ist, wo wir uns als Berlin auf die Schulter klopfen können, dass wir diese kommunale Wärmeplanung vorliegen haben und dadurch ein Stück weit mehr Transparenz haben, auch von meiner Seite an Sie als Zuständigen, der uns hier im Ausschuss immer wieder Rede und Antwort gestanden hat! – Das muss man auch sagen: Wir hatten das regelmäßig auf der Tagesordnung, weil wir wissen, dass das ein ganz wichtiges Instrument ist, das wir uns als Land vornehmen, um wirklich nicht mehr weiße Flecken auf der Karte zu haben, sondern zu wissen, was eigentlich die Idee ist. Natürlich liefert die Wärmeplanung nicht die Antworten auf alles, aber sie gibt eine gute Orientierung. Sie ist ein strategisches Tool, das wir jetzt nutzen werden. Ich glaube, es lädt auch die Bürgerinnen und Bürger ein, sich genauer mit dem Thema zu beschäftigen, sei es als Mieterin oder Mieter als auch als Eigentümerin oder Eigentümer, zu wissen, welche Wärmeplanung hierher kommt. Das ist etwas, was ich in den letzten Jahren immer wieder erlebt habe, dass die Stadt noch gar nicht auf den Wandel, den wir haben, vorbereitet ist. Deswegen ist das für mich auch ein ganz wichtiges Tool der Beteiligung. Ich lade jeden ein, mal auf die Karte zu gehen und ein bisschen zu schauen, wo was passiert. Wir tun das als Abgeordnete immer sehr aus dieser Wahlkreisperspektive, aber mal zu überlegen, wie Berlin in Zukunft warm bleibt, kann man sich vielleicht an einem Tag wie heute nicht ganz vorstellen, aber es ist total strategisch wichtig. – Insofern mein Dank!

An die Anzuhörenden: Natürlich ist es auch Ihre Aufgabe, noch einmal ein bisschen kritisch draufzuschauen, auch aus der umweltpolitischen Perspektive – das würde uns auch interessieren, deswegen sind Sie auch hier –, aber eben auch zu sagen, welche nächsten Schritte Sie sich vom Senat wünschen. Das wäre schön zu hören. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Ist eine einleitende Stellungnahme des Senats gewünscht? – Das ist der Fall. – Frau Bonde, dann haben Sie das Wort.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte auch mit einem Dank beginnen, mit einem Dank an Herrn Schlopsnies und seinem Team. Ganz großartige Arbeit, die Sie da geleistet haben, mit unglaublich viel Engagement und viel mehr Einsatz, als es die Arbeitszeit eigentlich hergibt!

Ganz herzlichen Dank dafür! – Der Dank gilt eben nicht nur den Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung, sondern der Dank gilt auch ganz vielen anderen, die an der Wärmeplanung beteiligt sind. Ich selbst habe einen Lenkungskreis mit ganz vielen CEOs dieser Stadt, mit den Leitungsunternehmen, mit der Geschäftsführerin oder Vorständin des BBU, mit den Wasserbetrieben, mit der BSR geleitet, also alle, die mit dem Thema Wärme irgendwie beschäftigt sind, natürlich mit der BEW, mit der GASAG, haben an diesem Lenkungskreis teilgenommen. Alle CEOs haben regelmäßig – wir haben monatlich getagt – an diesem Lenkungskreis teilgenommen. Was gut war, war, dass es eben top down, aber auch bottom up gegangen ist. Es war nicht nur dieser Lenkungskreis, sondern daran angeschlossen waren ganz viele Arbeitsgruppen in den Unternehmen und in der Verwaltung, die diese Lenkungskreise vorbereitet haben, und das, was in den Lenkungskreisen dann erarbeitet worden ist, ist dann auch wieder zurückgegeben worden. Großartige Arbeit und insofern ganz herzlichen Dank allen Beteiligten dafür, dass Sie sich da so für die Berlinerinnen und Berliner eingesetzt haben! Das müssen wir auch immer sagen: Wofür tun wir das? – Wir tun es für die Berlinerinnen und Berliner und dafür, dass Berlin künftig gut mit Wärme versorgt ist, aber das Berlin auch weiter autark wird und von fossilen Brennstoffen nicht mehr so abhängig ist.

Insofern freut es mich sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass der Senat auf Vorlage meines Hauses am 16. Juni den Berliner Wärmeplan 2026 beschlossen hat. Wir erreichen damit einen wichtigen Meilenstein für die Wärmewende in Berlin. Mit dem vorliegenden gesamtstädtischen Wärmeplan schaffen wir erstmals eine verlässliche, strategische Grundlage für den Weg zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung bis 2045. Berlin ist wie andere Kommunen mit mehr als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern verpflichtet, bis zum 30. Juni 2026 einen kommunalen Wärmeplan zu beschließen. Die Verpflichtung ergibt sich aus den bundesgesetzlichen Vorgaben zur kommunalen Wärmeplanung und dient der Erreichung der Klimaziele sowie die Sicherstellung einer zukunftsfähigen, bezahlbaren und resilienten Wärmeversorgung. Nach intensiver Arbeit sind wir dieser Verpflichtung nicht nur fristgerecht nachgekommen, wir legen zugleich ein Instrument vor, dass Orientierung schafft und die Grundlage für die nächsten Schritte der Wärmewende bildet.

Der Berliner Wärmeplan ist dabei weit mehr als eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Er ist ein strategischer Kompass für die beiden kommenden Jahrzehnte. Damit ist er ähnlich wie das Klimaanpassungsgesetz schon fast ein Jahrhundertwerk. Insofern ist es wirklich unglaublich, was Sie da geleistet haben! Er zeigt auf, wie die Wärmeversorgung unserer Stadt schrittweise klimaneutral werden kann und welche Infrastrukturentwicklungen, dezentrale Umsetzungsmaßnahmen und Entscheidungen hierfür erforderlich sind. Insgesamt ist der Wärmeplan das Ergebnis eines mehrjährigen, breit angelegten Beteiligungsprozesses. In Fachworkshops, Beteiligungsrounds und bilateralen Gesprächen wurden neben der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Energieinfrastrukturbetreiber, Landesbetriebe, die Wohnungswirtschaft sowie weitere relevante Akteure beteiligt und ihre Hinweise systematisch ausgewertet und eingearbeitet. Ebenso wichtig war die frühzeitige und enge Einbindung der Berliner Bezirke. Aufgrund ihrer zentralen Rolle bei der Umsetzung der Wärmewende wurden sie in eigenen Beteiligungsformaten eingebunden. Ergänzt wurde dies durch ein umfassendes Beteiligungs- und Öffentlichkeitsverfahren im November 2025. Mehr als 200 Stellungnahmen gingen ein und haben an zahlreichen Stellen zur weiteren Qualifizierung und Verbesserung des Wärmeplans beigetragen. Weitere Hinweise und Anregungen werden wir im Rahmen der kontinuierlichen Fortschreibung des Plans aufgreifen.

Mit dem gesamtstädtischen Wärmeplan legen wir ein gemeinschaftlich erarbeitetes Produkt für Berlin vor, an dem sich Verwaltung, Infrastruktur und Wohnungsunternehmen sowie Gebäudeeigentümerin und Gebäudeeigentümer künftig orientieren können. Der Wärmeplan enthält unter anderem Zielerreichungspfade für die Transformation der Wärmeversorgung sowie knapp 40 Maßnahmen, die den Senat adressieren. Durch deren Umsetzung soll ein wesentlicher Beitrag zur Beschleunigung der Wärmewende sowie zur Erreichung der Klimaziele im Gebäude- und Energiesektor geleistet werden. Damit macht der Wärmeplan zugleich deutlich, dass die Wärmewende in Berlin auf mehreren Säulen beruht. Anders als zuletzt teilweise in den Medien kommuniziert, setzen wir nicht ausschließlich auf die Erweiterung bestehender Fernwärmenetze. Der Wärmeplan verfolgt vielmehr einen technologieoffenen Ansatz, der neben dem Ausbau der Fernwärme auch neue Wärmenetze sowie dezentrale und individuelle Versorgungslösungen umfasst. Unser Ziel ist es, für jeden Standort die jeweils sinnvollste klimaneutrale Wärmeversorgung zu ermöglichen. Flankiert wird der Wärmeplan durch digitale Karten zur räumlichen Orientierung. Diese stellen unter anderem den Wärmeverbrauch, Potenziale erneuerbarer Energien und Abwärme sowie mögliche Entwicklungen der Wärmeinfrastruktur dar.

Seit letzter Woche können alle Berlinerinnen und Berliner den Wärmeplan und die zugehörigen Karten über die Internetseite unserer Senatsverwaltung einsehen. An dieser Stelle möchte ich auch noch mal ganz deutlich betonen, dass der Wärmeplan unverbindlich ist und keine Vorgaben oder Vorschriften für Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer enthält. Diese behalten weiterhin die volle Entscheidungsfreiheit bei der Wahl ihrer Wärmeversorgung. Wir schaffen Transparenz und stellen wichtige Informationen für Eigentümer und Eigentümer, Unternehmen, Energieversorger sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger bereit. Die Karten ermöglichen eine erste Orientierung darüber, welche Wärmeversorgungsoptionen in einzelnen Gebieten perspektivisch in Betracht kommen, und wir unterstützen damit langfristige Investitions- und Modernisierungsentscheidungen.

Die Wärmeplanung ist dabei kein statischer Prozess. Wir werden sie kontinuierlich fortschreiben, um mit zusätzlichen Erkenntnissen beispielsweise zu Potenzialen der Tiefengeothermie weiter zu präzisieren. – An der Stelle möchte ich noch erwähnen: Manchmal ist es sinnvoll, ein wenig abzuwarten und zu schauen, wie es andere Städte machen, denn die haben oftmals zunächst mal nicht Best Practice. So haben wir es im Rahmen der Tiefengeothermie gesehen, dass München einzelne Claims beantragt hat. Insofern kann München jetzt nicht das Potenzial heben, was wir hoffentlich heben können, weil wir einen ganzheitlichen Claim für Berlin beantragt haben. Damit ist es nicht so, dass Claimgrenzen behindern, Bohrungen vorzunehmen, sondern wir können im ganzen Stadtgebiet bohren. – Damit stellen wir sicher, dass Gebäudeeigentümerin und Gebäudeeigentümer, Energieversorger sowie weitere Akteure jederzeit auf einer möglichst aktuellen Informationsgrundlage planen können, indem wir weiter fortschreiben.

Mit dem Beschluss des Wärmeplans endet unsere Arbeit somit nicht, so leid es mir tut, Herr Schlopsnies, sie tritt vielmehr in eine neue Phase. Neben der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Plans werden wir konkrete Umsetzungsprojekte vorantreiben, um die Wärmewende in Berlin zu beschleunigen und die Voraussetzungen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung bis 2025 zu gewährleisten und zu schaffen. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Ich möchte nun den Anzuhörenden das Wort erteilen und würde Sie bitten, Ihre Stellungnahmen zunächst auf fünf Minuten zu begrenzen. Sie werden im Anschluss an die Aussprache die Gelegenheit haben, weitere Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Wir würden in alphabetischer Reihenfolge vorgehen, wenn das in Ordnung ist. Ich hatte vorhin gehört, ob es einen Wechsel geben soll. – Nein! Das ist okay. – Dann, Herr Buchholz, haben Sie als Erster das Wort.

Daniel Buchholz (BUND Berlin e. V.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Senatorin! Vielen Dank für die Einladung! Ich freue mich sehr, dass ich heute hier sein kann. Eine persönliche Anmerkung, ein Satz sei mir gestattet: Es gibt ein Leben nach der Parlamentsarbeit, meine Damen und Herren, das ist das Positive, was Sie auch nach dem 20. September erfreuen kann. Ich bin seit November 2025 Vorstandsmitglied des Berliner BUND und spreche ausschließlich in dieser Funktion heute zu Ihnen.

Um gleich in medias res zu gehen: Natürlich ist die Wärmewende eine extrem große Aufgabe. Wenn wir in den Kalender schauen, sehen wir alle, dass wir in 19 Jahren klimaneutral sein wollen. Wenn Sie überlegen, wie alt Sie in 19 Jahren sind, wie nah das ist, dann merken wir, die Aufgabe ist nicht nur gewaltig, sondern sie muss sehr schnell angegangen werden. Noch einmal ganz kurz zur Einordnung: 40 Prozent der CO₂-Emissionen des Landes Berlin stammen aus dem Wärmesektor, erste große Feststellung, weit über 90 Prozent durch fossile Heizungen, also Verbrennung von Erdgas, Öl und Kohle. Das ist das, wo wir losgehen. In 19 Jahren wollen wir klimaneutral sein. Was viele vergessen, auch wenn es vielleicht sogar noch ganz wenige Zweifel gibt, ob es einen menschengemachten Klimawandel gibt, kann ich nur sagen: Betrachten Sie es rein ökonomisch. Wenn Sie das mal alles zusammenrechnen gibt Berlin im Jahr mindestens 4 Milliarden Euro für teure Energieimporte aus. Da sehen Sie, was das auch bedeutet. Wir sind abhängig von Krisenregionen, von autokratischen Herrschern, und vielem anderen. Wir müssen die Kosten reduzieren, gerade auch, weil Berlin eine Mieterinnen- und Mieterstadt ist. 84 Prozent der Menschen wohnen hier zur Miete. Letztlich werden sie das zahlen, was an Heizkosten auftaucht.

Ich kann mich für den Umweltverband BUND auch dem Dank an die erstellende Verwaltung ausdrücklich anschließen. Denn wir sehen, dass der Wärmeplan mit gut 200 Seiten ein sehr umfassendes und sehr detailreiches Werk ist, was wirklich sehr detailliert viele Sachen betrachtet, Recherchen angestellt hat, Empfehlungen und Darstellung gibt. Dafür vielen Dank von unserer Seite! Aber das kann ich als Fazit schon mal sagen: Wenn wir uns fragen, was dann bei den echten Umsetzungsmaßnahmen steht, dann ist es oft viel zu unverbindlich. Frau Senatorin, ich weiß nicht, ob Sie es waren oder jemand anders, ob die Leitungsebene die konkreten Maßnahmen alle gestrichen hat, die vielleicht verbindlich hätten sein müssen. Sie fehlen uns schlichtweg.

Sie haben den Fernwärmeausbau angesprochen. Man muss natürlich sagen, dass ein massiver Ausbau der Fernwärme für Berlin vorgesehen ist. Der steht auch im Wärmeplan so drin. Das würde natürlich heißen, dass der Dekarbonisierungsfahrplan der BEW dann auch wirklich greifen müsste. Der ist vor Kurzem veröffentlicht worden. Schauen Sie ihn sich an: Spätestens ab dem Jahr 2035 sehen Sie hübsche bunte Szenarien, die dort abgebildet sind. Von Verbindlichkeit kann auch bei diesem Dekarbonisierungsfahrplan bisher nicht die Rede sein. Dann ist durch die BEW auch, ein landeseigenes Unternehmen, das besondere Verantwortung hat, der Bau eines neuen Holzkraftwerkes am Standort Ruhleben vorgesehen. Wir lehnen das

ab. Wir sagen Holz ist knapp. Holz ist ein wertvoller Rohstoff, den wir viel eher zum Bauen von Häusern brauchen als zum Verbrennen. Es gibt auch nicht genügend Altholz, wenn Sie sich in der Umgebung von Berlin und in Berlin umschauen. Es müsste, daran kann man die Dimension sehen, dreimal im Jahr der Tiergarten abgeholzt werden, um genug Brennholz zu bekommen, um dieses neue Kraftwerk zu betreiben. Da darf ich aus dem Wärmeplan, Seite 65 einen Satz zitieren. – Zitat:

„So verursacht etwa Holz höhere direkte CO₂-Emissionen pro erzeugte Kilowattstunde als Erdgas.“

Das ist absolut richtig. Dem können wir uns nur anschließen bei der Betrachtung. Die Dekarbonisierung muss natürlich gesichert werden, auch das Setzen auf große Abfallverbrennung ist in Zeiten von Zero Waste eigentlich das falsche Ding. Wenn da noch Fragen bestehen, kann ich darauf später eingehen.

Frau Senatorin! Sie haben gerade die Tiefengeothermie angesprochen, also die tiefe Erdwärme, wo die Potenziale in mehreren Kilometern Tiefe unter der Stadt Berlin liegen. Da muss ich Ihnen leider sagen, Sie haben recht, es gibt Erfahrungen aus anderen Städten, aber Berlin ist zehn Jahre zu spät bei der Erkundung der Tiefengeothermie im Land Berlin. Wir sind – und das betrifft gar nicht Sie persönlich, sondern die Vorgängersenate, das muss man ganz klar sagen – bei der heutigen Erkundung bei den allerersten Voruntersuchungen der 2D- und 3D-Seismik, die jetzt gemacht werden. Die frühesten Explorationen, die frühesten Nutzungen werden für die Mitte der 2030er-Jahre anvisiert, wenn alles gut geht. Wir sind ja in Berlin. Sie können das selbst mal hochrechnen.

Und Überraschung: Wenn man über Fernwärme spricht, dann sollte man auch darüber reden, dass es in diesem extrem monopolisierten Markt, auch wenn es ein landeseigenes Unternehmen ist und es ein, zwei andere große Private gibt, auch um eine Preisaufsicht geht, damit die Mieterinnen und Mieter und Eigentümerinnen und Eigentümer nicht in der Sackgasse landen, in einer Kostenfalle. Dafür sorgt leider gerade die schwarz-rote Bundesregierung, indem sie nämlich Klimaschutzmaßnahmen schleift. Wir brauchen aber eine echte Preisaufsicht, Frau Senatorin, die steht im Gesetz. Die können Sie sofort machen. Das ist Ihre Aufgabe. Bitte tun Sie das! Wir brauchen das in Zeiten knapper werdender Ressourcen.

Zu den lokalen Wärmenetzen und Erneuerbaren, die vorangebracht werden müssen: Wir freuen uns als Umweltverband BUND sehr, dass es Initiativen gibt, in sehr vielen Bezirken, und zwar wirklich von Steglitz bis Pankow, von Charlottenburg bis Tempelhof, zur Begründung von Bürgerenergiegenossenschaften, Nahwärme-Bürgerinitiativen. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie genau hinschauen – Reiner Wild wird sicherlich gleich auch noch ansprechen –, soweit wir den Überblick haben, ist da alles auch noch in der Startphase, und einigen geht schon wieder fast die Luft aus. Warum? – Nahwärmeinitiativen, Bürgergenossenschaften sind kein Selbstläufer. Sie brauchen zwingend eine Unterstützung. Ich habe mir das auch bundesweit angeschaut. Schauen Sie sich gute Bundesländer wie Bremen und andere an. Sie brauchen nämlich Management- und auch Technik Know-how. Denken Sie daran, wenn Sie eine Nahwärmeinitiative gründen, und ich sage Ihnen, Frau Bonde – ich weiß nicht, in welchem Haus Sie wohnen –, dass Sie den Heizungskeller leerräumen sollen, dass Sie Ihre Gasheizung rausschmeißen für ein Nahwärmenetz, das Bürger geplant haben, dann wollen Sie auch einen sehr verbindlichen Plan, nämlich wie die Technik funktionieren wird. Wird sie

auch 30 Jahre funktionieren? Was kostet der Spaß? Ist die Kostensicherheit gegeben? Das sind Dinge, da muss die Stadt zwingend unterstützen. Das machen andere Städte aktiv. Meine Damen und Herren Abgeordneten, bitte nehmen Sie das auch wirklich zur Kenntnis! Das ist kein Selbstläufer. Nahwärmeinitiativen laufen nicht von alleine, sondern wir brauchen Unterstützung. Die gibt es in anderen Bundesländern, anderen Städten. Einen Nahwärmefonds gibt es in Schleswig-Holstein. Es gibt in Thüringen Initiativen. Andere Städte, Mannheim, München sind genannt worden, absolut richtig, sind der an der Stelle deutlich weiter. Es wird nicht von alleine funktionieren, diese Nahwärmenetze vor Ort für Bürgerinnen und Bürger zum Laufen zu bringen.

Leider muss ich auch sagen, der BBU sitzt ja neben mir: Landeseigene Wohnungsunternehmen und die städtische Gebäude, die Rathäuser, natürlich auch Schulen und andere öffentliche Gebäude können immer Ankerkunden für ein lokales Wärmenetz als Alternative zur Fernwärme sein. Das muss dann aber auch gemacht werden. Wenn ich höre, dass die HOWOGE seit Monaten hin und her überlegt, ob wir ein lokales Quartiersnahwärmekonzept für das Kottbusser Tor unterstützen: Verdammt, woran liegt es? – Bitte sorgen Sie dafür, dass das auch wirklich kommt. Auch unser Appell an den BBU: Nicht nur immer alles prüfen! Wir wissen, es kostet Geld, aber es muss gemacht werden, sonst werden wir dieses Ziel 2045, das so nah ist, nicht schaffen. Da muss aktiv rangegangen werden.

Die zwölf Bezirke, die an vielen Stellen aktiv werden wollen – es ist auch von Ihnen gefragt worden, wie die Beteiligung der Bezirke war –: Ich glaube, was die technische Einreichung, auch die schriftliche Einreichung von Kommentaren angeht, ist es gut gelaufen. Was ich gehört habe, ist, dass im letzten halben Jahr, als dann der echte Wärmeplan erstellt wurde, das Feedback fehlte, was jetzt in welcher Form aufgenommen worden ist. Da muss man also weiter sehen.

Dann noch ein wichtiger Punkt, meine Damen, meine Herren: Der Wärmeplan unterstellt eine Sanierungsrate der Gebäude von 1,7 Prozent pro Jahr. Der Status quo aktuell ist 0,7 Prozent. Es müssten doppelt so viele Häuser energetisch baulich verändert werden, saniert werden. Das ist ein tönerner Fuß, auf dem dieser gesamte Wärmeplan steht. Wir würden uns das als Umweltverband sehr wünschen, aber da muss man richtig Geld in die Hand nehmen. Wir reden über Milliarden Euro und nicht über Millionen Euro. Das sollte jedem klar sein.

Schließlich als Gesamtfazit – ich sehe schon, meine Uhr läuft hier und tickt ganz erbärmlich –: Wenn wir uns als BUND die Gesamtbewertung anschauen, müssen wir sagen: Dieser Wärmeplan ist eine große Wundertüte mit viel heißer Luft. Für die dringend notwendige Wärmewende im Land Berlin ist er absolut unzureichend, da er weder mit Geld noch Personal noch mit Verantwortlichkeiten in der Verwaltung untersetzt ist. Der Wärmeplan setzt zu stark auf fossile Großkraftwerke, unterstützt leider nicht die lokalen Wärminitiativen, und zwar wirklich praktisch, wirklich konkret. Darum – der letzte Satz –: Als Umweltverband BUND brauchen wir dringend für Berlin und wünschen wir uns von Ihnen einen Wärmeplan 2.0, für eine sichere, soziale und klimafreundliche Energieversorgung in Berlin – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Danke! – Ein bisschen über der Zeit gewesen! Da ich jetzt sehr kulant war, können die anderen sich auch ein bisschen entspannen. Wir haben heute auch weniger Anzuhörende als sonst, aber grundsätzlich würde ich sehr um Kürze bitten. – Herr Kowalewski, Sie haben das Wort!

Jan Kowalewski (BBU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses! Sehr geehrte Frau Senatorin und auch sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SenMVKU! Ganz kurz, bevor ich in das Thema einsteige, zum BBU und konkret in Berlin: Sie wissen, dass wir Berlin und Brandenburg vertreten, aber konkret in Berlin 777 000 Wohnungen in den etwa 90 Mitgliedsunternehmen. Insgesamt, wie schon angedeutet worden ist, werden hier Milliarden Euro in den Bestand, in die Modernisierung, in den Klimaschutz investiert. Und damit ist der BBU und seine Mitgliedsunternehmen ein wichtiger Partner bei der Umsetzung der Wärmewende. Frau Bonde, Sie hatten es auch gesagt, wir haben uns auch in verschiedenen Gremien, auch im Lenkungskreis Wärmewende eingebracht, und wir sind auch wiederum von Ihrem Haus in verschiedene Formate eingebunden worden. Wir sind auch dafür dankbar, dass dieser Wärmeplan nun als strategisches, übergeordnetes Planungsinstrument vorliegt.

Allerdings ist es so, dass die Wärmeplanung jetzt noch keine verlässliche Grundlage bietet. Diese Erwartung kann man als Wohnungsunternehmen nicht hegen, wenn man ganz konkret in den Heizungskeller schaut, wie ich den anbinde, weil das eben eine übergeordnete strategische Arbeit ist. Für die Wohnungswirtschaft ist aber auch vor diesem knappen Zeithorizont die Planbarkeit und Verlässlichkeit ganz wichtig und dass wir jetzt direkt auch in die Umsetzung kommen. Dafür brauchen wir klare Leitplanken, stabile Zeitpläne und auch eine faire Balance zwischen Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und sozialer Tragfähigkeit. Unsere Wohnungsunternehmen müssen wissen, wann und wo ein Wärmenetz entsteht und wer es zu welchen Bedingungen baut. Es sind ja weit mehr als die BEW. Es gibt auch noch weitere Fernwärmeanbieter. Wir haben verschiedene Energieversorger, die auch in neue Nahwärmenetze investieren. Wichtig ist aber, dass es da verbindliche Ausbaupfade und Verantwortlichkeiten gibt. Deshalb muss die Wärmeplanung investierbar werden mit klaren Zuständigkeiten, verbindlichen Fortschreibungen – wir haben das auch schon heute gehört; daran wird gedacht – und dauerhaften Schnittstellen zwischen Land, Bezirken, die es dann am Ende auch genehmigen, Netzbetreibern und der Wohnungswirtschaft.

Das Projekt Wärmewende ist auch kein Einzelgebäudeprojekt, sondern eine Quartiersaufgabe, wo Stadtentwicklung, Strom, Wasser, Wärmenetze zusammengedacht werden. Im Prinzip haben wir relativ einfach auf der einen Seite Fernwärme, wo sie schon ist und wo sie anliegt, auf der anderen Seite die dezentralen Gebiete, aber gerade die Mitgliedsunternehmen der BBU haben eben auch viel Bestand in den sogenannten Prüfgebieten. Da brauchen wir klare Übergänge, Zwischenlösungen, frühzeitige Abstimmungen, damit jetzt auch wirklich investiert wird. Daher würden wir anregen, eine Koordinierungsstelle Wärmewende Berlin einzurichten, um Informationen zu bündeln. Ja, für Mieterinnen und Mieter ist es auch wichtig, aber es ist tatsächlich auch so, dass natürlich viele Wohnungen auch bei kleineren Eigentümern sind und auch unsere Mitglieder hier tatsächlich Abstimmungsbedarf haben. Das wäre ein echter Beschleuniger für die Praxis.

Die Förderkulisse ist auch wichtig. Das heißt, dass beim BEK konkret bei der Investition in die Heiztechnik, aber auch beim BEW sichergestellt werden – das ist jetzt hier nicht die ehemalige Vattenfall-Tochter, sondern das Förderprogramm für die Wärmenetze –, dass die ineinandergreifen und wir Netze, Speicher, Infrastruktur und Gebäudetechnik integriert fördern. Das muss aufeinander abgestimmt sein. Ganz kurzer Hinweis zur Stromnetz Berlin: Da gibt es das Stichwort, dass die Kapazität verdoppelt werden muss, sonst funktionieren viele Groß-

wärmepumpen, zum Beispiel der BEW oder auch der Vermieterinnen und Vermieter nicht. Eine Verzahnung an den Zielen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms sollte auch mitgedacht werden. Das muss klar sein, das ist jetzt tatsächlich das Thema, weil die Wohnungsunternehmen immer 20, 40 Jahre denken, in solchen Zeiträumen, und im Moment fehlt noch die notwendige Sicherheit. Förderstopps und kurzfristige Richtungswechsel würden nicht nur die Bauabläufe, sondern tatsächlich auch Vertrauen bei den Akteuren beeinträchtigen. Klimaschutz funktioniert nur, wenn er bezahlbar bleibt.

Warmmietenneutralität ist kein Schlagwort, sondern das wäre das Planungsziel. Wir haben allerdings Preissteigerungen durch neue Brennstoffquoten und unsichere Förderbedingungen. Insofern gibt es tatsächlich auch Handlungsbedarf, um die Nebenkosten planbar zu halten. Die Effizienzgewinne sollen bei den Mieterinnen und Mietern ankommen. Die soziale Wärmewende heißt für uns, die Klimaziele zu erreichen, aber eben auch mit Augenmaß und Rücksicht auf die Menschen, die davon direkt betroffen sind. Wir wollen weiterhin im Bereich Technik und beim BBU Fachwissen der Mitgliedsunternehmen mit Energieversorgern zusammenbringen, mit Emissionsmonitoring, mit Netzbetreibern. Wir sind da im engen Austausch, haben auch gerade eine Kooperationsvereinbarung, unter anderem mit der BEW abgeschlossen, sind aber auch mit den anderen im regelmäßigen Austausch und sehen uns da als Bindeglied zwischen Praxis und Politik. Das Thema ist zugegeben komplex, aber wir übersetzen das in umsetzbare Lösungen und unterstützen die Unternehmen. Gerade eine HOWOGE ist da sehr fachkundig aufgestellt, aber für viele Genossenschaften und kleineren Vermietern ist das wirklich auch ein komplexes Themengebiet. Das Ziel ist dann, dass wir klimaneutrale Quartiere bis 2045 erreichen, bei stabilen Mieten. Verlässliche Rahmenbedingungen sind die Grundlage. Dafür stehen wir und die Mitgliedsunternehmen des BBU. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Wild, dann haben Sie das Wort!

Reiner Wild (nahwärme-eichkamp.berlin eG): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Senatorin! Herzlichen Dank für die Einladung! Von meiner Seite noch ein paar Worte zu dem Wärmeplan: Wenn man sich zunächst durch die Karten klickt, dann könnte man schon sagen, es ist ein toller Plan. Es ist ein toller Plan, der ein bisschen wie ein Bilderbuch wirkt. Nur die Frage ist: Leben wir in diesem Bilderbuch? Das ist so ein bisschen meine Sorge, dass wir da uns vielleicht doch ein bisschen täuschen lassen.

Ich will noch mal auf zwei Punkte des Wärmeplans kurz eingehen, die mich umtreiben. Der eine Punkt bezieht sich auf die Frage, ob der Plan eigentlich auch etwas zu den günstigen und nachhaltigen Versorgungsgebieten aussagt. Das Gesetz hat dazu eine Aufforderung an den Wärmeplan gemacht, dass ist der § 18 WPG, in dem auch noch einmal deutlich gemacht wurde, dass dieser Plan eine Einteilung der Versorgungsgebiete vornehmen soll, die auch hinsichtlich der Preisgestaltung eine Rolle spielen kann. Wo kann das von Bedeutung sein? – Das ist jetzt bei der Erstellung erst einmal nicht mehr wichtig gewesen, aber es kann da wichtig werden, wo eine Konkurrenz zwischen Fernwärme und anderen Versorgungsgebieten vorliegt. Diese Konkurrenz, die dann möglicherweise auftreten kann, muss bewältigt werden. An dieser Stelle würde ich dann auf den § 18 WPG Bezug nehmen, weil da die günstigste und natürlich auch nachhaltigste, die für den Klimaschutz beste Lösung gefunden werden muss. Mein Appell an den Senat und auch an die Bezirke und natürlich auch an die kommunalen Wohnungsunternehmen wäre, dass in diesen Konfliktsituationen dann auch diese günstigste

und klimapolitisch sinnvollste Lösung gewählt wird. Das finde ich einen wichtigen Punkt, weil wir jetzt schon wissen, dass es bestimmte Konflikte geben wird.

Der zweite Punkt ist die Nachvollziehbarkeit. Ich bin viel in den Quartieren unterwegs und ich stelle immer wieder fest, dass viele Menschen den Plan so noch nicht verstehen. Das ist auch nicht verwunderlich, aber es gibt natürlich ein grundsätzliches Problem. Dadurch, dass für die einzelnen Blöcke, die ausgewiesen sind, tatsächlich die Mehrheit der Versorgung als Einteilung vorgenommen wurde, haben wir so witzige Situationen, dass da steht, ein Block ist ein Fernwärmegebiet und dann schaut man rein und sieht, dass da meinetwegen ein Block ist, der an die Fernwärme angeschlossen ist, aber alle anderen Gebäude haben ganz andere Versorgungsarten. Jetzt gibt es ein Problem. Jetzt sagen die: Der Plan sieht hier Wärmeversorgung vor. – Dann wenden sie sich an die BEW und bekommen die Antwort: Wir haben keine Absicht, Sie anzuschließen. – Das bedeutet für mich: Diese Nachvollziehbarkeit muss durch eine sehr umfangreiche Beratung aufgelöst werden. Ich habe ein bisschen Bedenken, ob die angedachte Beratungsstelle auf Landesebene dafür ausreichend ist, weil ich glaube, dass man diese konkreten Betreuungs- und Beratungsaufwände in den Quartieren und in den Bezirken wahrscheinlich wird lösen müssen. Ich wüsste nicht, wie das auf Senatsebene gemacht werden kann. An der Stelle aus meiner Sicht ein sehr unmittelbarer Beratungsbedarf, um solche Projekte anzustoßen!

Das Grundproblem des Planes ist, wie das umgesetzt wird – ich begrüße das erst einmal sehr und deswegen auch bei allem Respekt, was sich die Verwaltung dabei alles überlegt hat. Diese aufgeführten Maßnahmensteckbriefe finde ich persönlich schon sehr hilfreich. Sie sind aber natürlich nicht da, was meine Kollegen schon vorher angemerkt haben, nämlich bei der konkreten Umsetzung, sondern es sind letztendlich Appelle, die mit dem Plan nichts zu tun haben, sondern eine politische Umsetzung erfordern.

Ich will aber noch mal darauf hinweisen, dass das unmittelbar erforderlich ist. Wir werden die CO₂-Emissionen des Klimaschutzziels 2025, was nur ein internes Ziel war, mit ziemlicher Sicherheit gerissen haben. Die Zahlen liegen noch nicht vor, aber es ist ziemlich klar, dass wir es nicht erreicht haben. Die Frage, ob wir das Ziel für 2030 erreichen, muss nach dem heutigen Stand, auch infolge der Rahmenbedingungen, die wir haben, verneint werden. Wir haben eine dramatische Situation, weil wir wahrscheinlich nicht auf diese 4 Millionen Tonnen CO₂ im Gebäudebereich kommen werden, wenn wir jetzt bei 6,7 oder ähnlich Millionen Tonnen CO₂ sind. Das ist fast unmöglich. Wir brauchen von 2022 bis 2030 eine Reduktion von 40 Prozent, und die Anstrengungen dazu, um das zu erreichen, sehe ich im Moment leider noch nicht. Das ist ein großes Problem, und deswegen brauchen wir vielfältige Instrumente und auch finanzielle Förderung. Ich denke, wer mitbekommen hat, dass KfW 432 schon wieder gestoppt ist, und dadurch Quartierskonzepte im Moment schon nicht mehr möglich werden, sieht, wie schwer es wird, diese Ziele zu erreichen. Das halte ich für ein Problem. Das ist nicht nur im Land Berlin angesiedelt, sondern die Rahmenbedingungen sind letztendlich Punkte, die vor allen Dingen die Bundesregierung setzen muss.

Ich meine, wir müssen schauen, welche Rahmenbedingungen solche Konzepte insgesamt tangieren. Ich sehe das Gebäudemodernisierungsgesetz auf Bundesebene als ein großes Problem für die Umsetzung der Wärmewende. Warum? – Weil es die Wirtschaftlichkeit neuer Modelle und Konzepte im Rahmen der Wärmewende massiv tangiert. Durch diese Form der Technologieoffenheit wird es für alle Betreiber schwieriger. Im Übrigen sagt auch die GASAG heute:

Ich weiß gar nicht, wie das werden soll. – Es ist letztendlich ein Irrsinn, weil es immer schwieriger wird, die Wirtschaftlichkeit von neuen Wärmenetzen zu untermauern. Das ist ein Problem, und ich kann nur an den Berliner Senat appellieren, sich auf Bundesebene zum Beispiel im Hinblick auf eine Länderöffnungsklausel einzusetzen, um hier für die Bundesländer die eigene Klimaschutzgesetze mit mehreren und stärkeren Bedingungen haben, auch wirklich dann als Möglichkeit zu bekommen. Dieser § 9, der im Bundesrat in einer Stellungnahme festgehalten wurde, sollte weiter massiv unterstützt werden. Deswegen wäre das aus meiner Sicht ein wichtiger Punkt.

Zum Schluss die Frage der Wärmenetze: Ich bin eingeladen worden, weil wir eine von zwei Wärmegenossenschaften in Berlin sind, die die Genossenschaftsgründung hinbekommen haben. Vielen Dank an der Stelle auch schon mal an gewisse Unterstützung, die die Senatsverwaltung und auch das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf geleistet haben! Aber die Aufgaben sind vielfältig, und wir sehen, dass gerade in der Gründungsphase – wir sind in einem Netzwerk aktiv, wo sich solche Initiativen derzeit sammeln – es deutlich mehr Beratung und Unterstützung braucht. Herr Buchholz hat darauf hingewiesen, was da erforderlich ist. Ich will das nur ergänzen. Ein ganz massiver Punkt ist die Finanzierbarkeit von Machbarkeitsstudien. Ein zentraler Punkt! Im Wärmeplan wird der Bürgerenergiefonds, wie er zum Beispiel in Schleswig-Holstein existiert, aber auch wie die Stadt Bremen oder auch Thüringen solche Initiativen von Bürgerenergie unterstützen, aufgeführt. Allerdings sehen wir im Moment nicht, dass solche Finanzierungsunterstützung für Bürgerenergie in Berlin Wirklichkeit werden. Das ist sehr bedauerlich, und wir würden uns natürlich erhoffen und erwarten, dass die vielen Initiativen, die es jetzt in der Stadt gibt, nach dem 20. September auch eine Unterstützung erfahren. Deswegen an dieser Stelle meine Bitte, im Rahmen der Beratung und Unterstützung dieser Initiativen, die im Wärmeplan vorgesehen sind, was wir begrüßen, auch konkret zu werden, in den Bezirken die Möglichkeit schaffen, dass dort auch mithilfe von Beratern oder Ähnliches erst mal überhaupt das Know-how gesammelt wird und dann konkret auch die finanzielle Unterstützung zu gewähren. Das ist aber dann ein bisschen Zukunftsmusik. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur Aussprache. Als Ältester hat Herr Dr. Taschner das Wort.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch von mir und von meiner Fraktion an die Anzuhörenden für Ihre Ausführungen! Ich habe eine ganze Reihe von Fragen. Ich fange mal mit Herrn Buchholz an: Vielen Dank für die Ausführungen. Das meiste können wir, kann ich, komplett unterschreiben, was Sie gesagt haben. Da war vieles enthalten, was wir absolut genauso sehen. Kommen wir mal zu den einzelnen Sachen: Die Ausbaupläne der Fernwärme: Die BEW geht sozusagen zwei Schritte. Sie verdichtet nach, wo schon ein bestehendes Netz ist, mit den Problemen, die wir von Herrn Wild gehört haben, aber sie geht auch in ganz neue Gebiete rein. Ist der Ausbau der Fernwärme, den Sie kritisiert haben, Herr Buchholz, mehr in dieser Richtung, also komplett neue Gebiete zu erschließen, oder sagen Sie auch, dass wir jede Nachverdichtung noch mal kritisch hinterfragen müssen?

Dann haben Sie gesagt, dass Ihnen konkrete Maßnahmen in diesem ganzen Wärmeplan fehlen. Vielleicht können Sie mal aus Sicht des BUND sagen, was so zwei, drei Schlüsselmaßnahmen wären, die Sie gerne drinnen hätten. Zum Thema Holzverbrennung der BEW sind wir

einer Meinung. Da ein Hinweis: BTB verbrennt auch verdammt viel Holz, da haben wir leider keinen Einfluss. Aber auch das Heizkraftwerk Neukölln plant mit der BSR zusammen die Holzverbrennung in der Gradestraße. Die lehnen wir letztendlich auch ab. Wie steht der BUND dazu?

Dann die letzte Frage an Sie, Herr Buchholz, Steigerung der Sanierungsraten: Sie haben das angesprochen, 1,7 Prozent. Jetzt gibt es nicht mal mehr eine Landesförderung; das ist komplett eingestampft worden. Welche Möglichkeiten sieht denn der BUND, gerade auf Landesebene, vielleicht auch mit Blick auf die neue Legislaturperiode? Sollten wir noch mal versuchen, in dieses Stufenmodell reinzugehen, um die Sanierungsrate zu heben? Wie stehen Sie dazu, dass wir keine Landesförderung mehr haben?

Herr Kowalewski! Auch bei Ihnen die energetische Sanierung: Wie ist die Situation denn bei den Unternehmen des BBU? 1,7 Prozent – ist das etwas, wo Sie sagen: Da sind wir aber schon ziemlich gut –, oder sagen Sie: Na ja, das ist schon extrem ambitioniert. – Dann wurde gerade auch von Herrn Wild noch mal das Gebäudemodernisierungsgesetz angesprochen. Auch das bewerten wir, genau wie Herr Wild, extrem kritisch als einen deutlichen Verhinderer gerade für die kleineren Projekte, auch von Genossenschaften, dass sie die Wirtschaftlichkeit verlieren. Es besteht bei den Berlinerinnen und Berlinern die große Sorge, dass ihr Vermieter dann doch lieber die Gasheizung noch einmal einbaut, weil sie halt in der Investition erst einmal die günstigere Alternative ist und nur auf lange Sicht eigentlich die Wärmepumpe die deutlichen Vorteile hat. Beim ersten zahlen halt die Mieterinnen und Mieter die Kosten. Das treibt viele um. Wie steht denn der BBU zum Gebäudemodernisierungsgesetz?

Zum Schluss: KfW 432 – Herr Wild hat es auch angesprochen – ist jetzt erst mal gestoppt worden. Es steht sogar zu befürchten, dass es gar nicht mehr neu aufgelegt wird. Für wie wichtig halten Sie dieses Bundesförderprogramm? Sollte sich der Senat bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass KfW 432 nicht nur wieder aufgelegt wird, sondern deutlich gestärkt wird?

Herr Wild! Eine Frage natürlich zu den Genossenschaften: Da gibt es einen Senatsbericht, der ist ein bisschen älter, der schon schreibt, die Nahwärmegenossenschaften können einen massiven Beitrag zur Wärmewende spielen. Eigentlich müsste man denken, dass Ihnen der rote Teppich ausgerollt wird, und stattdessen wird Ihnen die BENE-2-Finanzierung komplett gestrichen. Wie groß ist das Problem bei Ihnen aufgrund des Wegfalls dieser Mittel? Sie haben auch diesen Energiefonds aus Schleswig-Holstein angesprochen. Wir haben uns den als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch angeschaut und werden dazu demnächst einen Antrag einreichen, weil wir das für sehr sinnvoll halten, wenn schon keine BENE-2-Mittel mehr zur Verfügung stehen, dass wir Sie damit letztendlich fördern.

Dann die Frage der Beratung: Die gibt es in Berlin praktisch gar nicht. Wir haben das in einem Antrag schon mal gefordert, der wurde aber natürlich abgelehnt. Ich habe mir letztes München angeschaut, die da ein richtiges Mentoring-Programm für die Nahwärmegenossenschaften haben, die die wirklich an die Hand nehmen und begleiten und auch für die Vernetzung sorgen, also eigentlich das, was wir brauchen. Deswegen die Frage: Was brauchen Sie konkret, wenn Sie das Beispiel München kennen? Wie bewerten Sie das? Kennen Sie andere Beispiele aus anderen Städten? Bremen wurde auch schon angesprochen. Wo sollten wir uns hinbewegen? Die Vernetzung: Soweit ich weiß, vernetzen Sie sich im Moment mehr oder weniger selbst. Seitens des Landes gibt es da eigentlich keine Steuerung oder Möglichkeiten, dass man sagt, wir bringen alle Initiativen mal zusammen, damit man auch voneinander lernen kann. Was würden Sie da vom Senat erwarten?

Ich komme zum Abschluss zum Senat: Da muss ich schon sagen, dass ich verdammt viele Fragen habe. Ich halte mich wirklich kurz, muss ich sagen. Deswegen sehr kurz: Wie viel Geld steht eigentlich im Haushalt zur Verfügung? Wir haben die Maßnahmengruppe 01, da sind das BEK, die Wärmewende und die Klimawandelanpassung mit ein paar Millionen Euro enthalten. Wie viel Geld aus diesem Topf geht denn jetzt wirklich in die Umsetzung der Wärmewende? Was ist eigentlich Ihre Umsetzungsstrategie bei der Wärmeplanung? Ich erkenne sie letztendlich nicht. Auch aus Ihren Ausführungen, Frau Senatorin, habe ich zwar viele Allgemeinplätze gehört, aber klar ist es mir eigentlich nicht, wo es jetzt eigentlich wei-

tergehen soll. Welche Rolle spielen eigentlich bei Ihnen die Bezirke, die im Wesentlichen der Schnittpunkt zu den Quartieren sind? Wir haben ja gehört, wie wichtig die sind. Wie sind die eigentlich personell aufgestellt? Können sie das überhaupt leisten? Oder sehen Sie die vielleicht überhaupt gar nicht als die entscheidenden Akteure an?

Kommen wir zu den Prüfgebieten: Berlin hat verdammt viel Prüfgebiete ausgewiesen. In München sind es gerade mal 4 Prozent. Bei uns sind es, glaube ich, um die 25 Prozent; da lasse ich mich auch gerne korrigieren. Es ist aber verglichen mit anderen Kommunen verdammt viel. Ich frage mich schon: Wo ist jetzt hier eigentlich die politische Steuerung? Wie verhindern wir letztendlich die Rosinenpickerei, oder wie kommen wir da überhaupt vorwärts? Ich erinnere mich an Herrn Friedrichs von der GASAG bei der Veranstaltung bei der dänischen Botschaft, der gesagt hat, wenn da keiner anstößt, dann wird da einfach nichts passieren, weil sich kein Wärmenetzbetreiber erst einmal hinsetzt, gerade in schwierigen Teilen der Prüfgebiete, und sagt: Ich mach da mal ein Wärmenetz rein. – Da muss doch irgendwas passieren. Welche Strategie haben Sie da? Wie geht es mit dem BAUinfo weiter? Wir haben immer wieder Beratung, Beratung, Beratung gehört. Jetzt haben wir nur noch einen Rumpf. Es war schon vorher für so eine große Stadt wie Berlin nicht ausreichend ausgestattet und auch in anderen Städten ist da deutlich mehr. Welchen Plan hat eigentlich Berlin oder der Senat dafür, insbesondere mit speziell zugeschnittenen Beratungsangeboten, gerade im Bereich der Prüfgebiete auf die Wohneigentümergeinschaft, auf die Hausverwaltungen zuzugehen? Ist da irgendwas geplant? Können Sie das heute schon sagen.

Letzte Frage: Was kann eigentlich Berlin von anderen Städten lernen? München zum Beispiel hat für die Prüfgebiete, für die wenigen, die sie hat, sogar schon Blaupausenprojekte entwickelt. Mannheim hat mit der Wärmewende Akademie ein ausgezeichnetes Projekt zur Vernetzung von Fachhandwerksbetrieben gestartet. Plant der Senat Ähnliches? – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Dr. Taschner! – Dann hat das Wort Herr Dr. Efler von der Fraktion Die Linke.

Dr. Michael Efler (LINKE): Vielen Dank! – Das war ja schon eine ganze Menge, was der Kollege erwähnt und auch abgefragt hat. Dann kann ich ein paar Sachen streichen, die meisten aber nicht. Erst einmal vielen Dank auch an die Anzuhörenden für die Ausführungen! Ich kann da auch viel unterschreiben, das will ich aber jetzt nicht alles ausführen.

Zum Wärmeplan allgemein noch mal ein paar Hinweise von unserer Seite: Was wir außerordentlich begrüßen, ist, dass Wasserstoff und auch Biomasse eine untergeordnete Rolle spielen. Das ist zumindest ein gewisser Unterschied zu den BEW-Planungen, zumindest bei den langfristigen Szenarien. Das freut uns, dass da die Realität so weit Einzug gehalten hat, was auch für stabile Wärmepreise sehr wichtig ist, aber auch da kein kompletter Ausschluss, gerade wenn es um Spitzenlast geht. Ich glaube, dass wir gut unterwegs sind. Wir unterstützen ausdrücklich auch die Ausweitung von Wärmenetzen, und zwar sowohl der Fernwärme als auch von Nahwärmenetzen, kalte Nahwärmenetze oder auch nicht. Ich glaube, das ist total sinnvoll, um größere Einheiten anzuschließen. Es ist absolut alternativlos, und da müssen wir prüfen, welche Instrumente wir haben, wie wir da vorankommen.

Was mich jetzt ein bisschen gewundert hat, dass noch eine ganze Reihe von Potenzialanalysen ausstehen, weil das eigentlich Sinn der Wärmeplanung ist, um eben quasi in der frühen

Phase die ganzen Potenziale abzuschöpfen. Wenn man aber jetzt den Wärmeplan genau durchliest, wird man finden, dass auch eine Reihe von Studien weiterhin geplant sind, um Potenziale zu erschöpfen. Da hätten wir uns ehrlicherweise jetzt schon ein bisschen mehr Klarheit gewünscht.

Dann – und das wäre jetzt auch dann schon auch eine erste Frage in Richtung Senat –: Was uns aufgefallen ist, sind doch ein paar Unterschiede zu den Planungen der Dekarbonisierung der BEW. Der erste Punkt: Es wird mit etwas unterschiedlichen Anteilen jetzt an der Wärmeversorgung gerechnet, die BEW mit 50 Prozent Fernwärme und im Wärmeplan mit 45 Prozent. Eine wirklich deutlichere Abweichung, die nun wirklich auch signifikant ist, gibt es bei der Sanierungsquote. Sie haben 1,7 Prozent. Da wurde auch gesagt, dass auch das noch als ambitioniert angesehen wird, während die BEW von 2,3 Prozent ausgeht. Da würde ich mal nachfragen, wie das zu bewerten ist und ob wir da nicht auf irgendein Problem hinauslaufen. Im Zweifelsfall wird dann einfach der Anteil der Fernwärme geringer werden, vermute ich mal. Da müssen Sie einfach mal sagen, wie das ist.

Ich will eine gewisse Skepsis äußern zum Thema Anschluss- und Benutzungszwang. Das wurde jetzt zwar überhaupt nicht hier erwähnt, aber es ist im Wärmeplan als Option enthalten, die geprüft werden soll. Ich glaube, das ist ein Mittel, das man erst wirklich dann anwenden sollte, wenn andere Maßnahmen nicht greifen. Soweit ich das mitbekommen habe, gibt es auch bei den Wärmenetzbetreibern und Versorgern eine gewisse Zurückhaltung. Sie können sich gerne dazu äußern, aber da sind wir jetzt nicht so Feuer und Flamme.

Zum Thema Preise: Preisstabilität ist für uns ein extrem wichtiger Punkt, und wir müssen einfach die Wärmewende hinbekommen, ohne dass wir zur Verdrängung beitragen, ohne dass die Fernwärmepreise durch die Decke gehen. Bisher ist das auch nicht der Fall. Das muss man auch fairerweise mal sagen. Die BEW hat schon eine Menge investiert und hat die Preise bisher weitgehend stabil gehalten. Das muss man auch mal anerkennen. Da die Herausforderung aber riesig ist, will ich alles unterstützen, was gesagt worden ist, auch von Herrn Buchholz, dass wir dringend eine Preisüberprüfung brauchen.

Was ich überhaupt nicht verstehe, in Richtung Senat: Wir haben im Klimaschutz- und Energiewendegesetz eine Regelung, eine Ermächtigungsgrundlage für eine Preisüberprüfung. Die haben Sie im Wärmeplan nicht mal erwähnt. Warum nicht? Warum wird das nicht einfach gezogen? Da gibt es eine Regulierungsbehörde, die könnte das einfach machen. Klar löst das nicht alle Probleme, und wahrscheinlich müssen wir noch einiges weiteres machen, aber das können wir nicht so ganz nachvollziehen, warum wir eigentlich die wenigen Ermächtigungsgrundlagen auf Landesebene nicht einfach nutzen, um hier schon mal so eine erste Überprüfung – mehr ist es ja auch nicht – vorzunehmen.

Bei der Nahwärme will ich auch sagen, dass ich, obwohl ich die Ausweitung der Fernwärme unterstütze, ich im Zweifel, wenn ich sehe, wie sich am Kottbusser Tor Bürgerinnen und Bürger auf den Weg machen, wenn Engagement vor Ort da ist, es schwierig finde, wenn dann ein öffentliches Wohnungsunternehmen, das leider heute nicht da ist – – Wir hatten es eingelaufen, hat nicht zugesagt, wir hätten es gerne befragt, das hat wahrscheinlich andere Gründe, ich will das jetzt gar nicht hochjagen. Das ärgert mich schon, dass wir bei einem solchen Projekt im Augenblick nicht weiterkommen. Vielleicht kann Herr Kowalewski etwas dazu sagen, warum hier und da dann doch bestimmte Nahwärmeprojekte scheitern und nicht vo-

rankommen, weil große Unternehmen, ob es jetzt öffentliche oder private sind, lasse ich mal dahingestellt, nicht das grüne Licht geben.

Doch dann noch mal ein paar weitere Fragen sowohl an Herrn Wild als auch an Herrn Kowalewski: Im Wärmeplan wird auch auf Contracting gesetzt. Wir sehen Contracting im Wohnungsbereich sehr kritisch. Das würde mich mal interessieren, wie Sie das sehen, Herr Wild, vielleicht noch aus alter Betrachtungsweise vom Mieterverein. Wir sehen das im Wesentlichen als intransparent und als Kostentreibermodell an, aber vielleicht übersehen wir da etwas.

Von Herrn Buchholz würde mich mal interessieren: Sie haben am Ende gesagt, dass das alles heiße Luft ist und das ein bisschen unterlegt. Das ist wahrscheinlich jetzt die neue Rolle und die gewisse Schärfung, sage ich mal, aber zur Nahwärme ganz konkret: Was fehlt denn jetzt an Unterstützungsmöglichkeiten? Es steht ein bisschen was drin. Es steht drin, dass man so einen Fonds möglicherweise einrichten will. Was genau wünscht sich der BUND, um jetzt Nahwärmelösungen – die Frage gerne auch an Herrn Wild – zu unterstützen. Wenn wir das umsetzen, was drinsteht, haben wir dann noch eine Lücke, das wäre die Frage, oder geht es darum, das, was drinsteht, konsequent umzusetzen, und dann ist es schon gut? Das wäre interessant.

Herr Kowalewski! Bei der Bruttowarmmietenneutralität bin ich nicht so ganz sicher, was Sie aussagen wollten. Ich habe es so verstanden: Sie wollen sich schon gerne dran halten, aber irgendwie ist es schwierig. Wir würden uns sehr wünschen, dass wir energetische Sanierung bruttowarmmietenneutral hinbekommen. Ich weiß, dass es schwierig ist und dass es auch von Förderungen abhängt. Übrigens: Förderungen gibt es durchaus noch auf Landesebene. Aber noch mal die Frage an den BBU: Welche Rolle spielt Bruttowarmmietenneutralität in Ihrer Strategie?

Dann noch die Frage, ob Sie zustimmen würden, dass wir uns bei der energetischen Sanierung vor allem auf die Worst Performing Buildings konzentrieren und da den Schwerpunkt setzen sollten, weil es aus unserer Sicht unrealistisch ist, den gesamten Gebäudebestand oder auch nur einen Großteil des Gebäudebestandes wirklich durchzusaniieren.

Und jetzt noch an den Senat einige Fragen: Wie geht es denn jetzt in den Prüfgebieten weiter? Es ist nicht so ganz klar, auch institutionell, weil das doch ein erheblicher Anteil ist. Im Wärmeplan wird – das finde ich interessant, weil das genau auch mein Erleben ist – von einer schlechten Datenlage beim Sanierungsstand gesprochen. Das sehe ich auch so. Wir haben zwar irgendwie so Zahlen – vorhin wurde irgendwas mit 0,7 Prozent gesagt –, aber ehrlicherweise wissen wir es nicht genau, wie der Sanierungsstand ist, und das sehen Sie auch offensichtlich selbst so, aber was wollen Sie daran ändern, dass Sie jetzt wissen, wie der Sanierungsstand ist? Es gibt einige Kataster, die zurzeit hier im politischen Raum diskutiert werden. Vielleicht wäre es auch eine Möglichkeit, das da noch mit einzuflechten. Wie kommen wir da weiter?

Dann würde ich fast schon direkt Herrn Schlopsnies fragen, aber ich muss erst einmal die Senatorin adressieren. Wenn ich es richtig gesehen habe, wird an einer einzigen Stelle, bei den Maßnahmen, geschrieben, dass die derzeitigen Personalressourcen nicht ausreichen, um die Aufgaben wahrzunehmen. Diesen Eindruck habe ich an mehreren Stellen gehabt. Deswegen einfach die Frage: Was bedeutet das an personellen Ressourcenaufwuchs, der natürlich

erst mal bereitgestellt werden müsste, wenn Sie die ganzen enthaltenen Maßnahmen umsetzen wollen?

Frau Bonde! Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei den Beratungen zum Gebäudemodernisierungsgesetz eine Länderöffnungsklausel erhalten bleibt? Ganz konkrete Frage, die uns sehr wichtig ist! Vielleicht kann dann auch noch ein bisschen was zu dem Thema, das Herr Wild angesprochen hat, gesagt werden, nämlich zum § 18 WPG, die Gebiete, wo man die preisgünstigste Wärmeoption darlegt. Habe ich es richtig verstanden, dass das im Wärmeplan nicht enthalten ist? Da wäre die Frage warum nicht. In welcher Form kann das vielleicht dann noch nachgeliefert werden? So weit erst mal!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Hansel!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von uns ein Dank an die Anzuhörenden! Der Berliner Wärmeplan und die Dekarbonisierungsstrategie der Berliner Energie und Wärme zeigen uns eins sehr deutlich Die sogenannte Wärmewende ist kein kleiner technischer Umbau. Sie ist ein gewaltiger Eingriff in Gebäude, Netze, Eigentum, Infrastruktur, Preise und kommunale Planung. Deshalb müssen wir die Grundfrage stellen, was eigentlich das Ziel ist. Geht es darum, dass Berliner Wohnungen im Winter sicher warm bleiben? Geht es darum, dass Mieter, Eigentümer und Unternehmen ihre Wärme noch bezahlen können? Geht es darum, dass unsere Energieversorgung robust, belastbar und krisenfest ist? Oder geht es am Ende vor allem darum, ein politisches Glaubensziel namens Klimaneutralität zu erfüllen? Genau hier liegt der entscheidende Fehler. Sie klingt modern, verantwortungsvoll, moralisch unangreifbar, aber in Wahrheit ist sie als politisches Endziel ein uneinholbares Glaubensdogma. Denn je mehr man sieht, das haben auch die Anhörungen gezeigt, desto deutlicher wird: Selbst die offiziellen Strategien kommen ohne Verbrennung, ohne Ersatzrechnung, ohne Bilanztricks, ohne gewaltige technische Annahmen gar nicht aus.

Nehmen wir die Fernwärme: Die spricht von Dekarbonisierung, von Klimaneutralität, von grüner Transformation, aber selbst im Zieljahr 2045 – das haben Sie und die Anzuhörenden auch bei der BEW ja auch gesagt, sowohl im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe als auch im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz – bleibt ein erheblicher Anteil der Wärmeproduktion schlichte Verbrennung: Biomasse, also im Kern Holzverbrennung, Abfallverwertung, also Müllverbrennung, und je nach Szenario zusätzlich Wasserstoffverbrennung. Das heißt doch, am Ende wird weiter verbrannt. Nur wird es anders etikettiert. Interessant ist ja auch, dass Grüne und Linke das ablehnen, aber wie wollen Sie das ersetzen? Wir haben am Schluss 2045 weiterhin 35 Prozent Verbrennung. Heute heißt sie klimaneutral, wenn der politische Bilanzrahmen es erlaubt. Holz wird verbrannt, Müll wird verbrannt, Wasserstoff soll verbrannt werden, und trotzdem soll es alles in die große Erzählung der Klimaneutralität reinpassen. Tut es aber nicht! Das ist der Punkt.

Klimaneutralität beschreibt dann nicht mehr eine physikalische Realität, sondern eine politische Rechenmethode. Wer Holz verbrennt, setzt CO₂ frei. Wer Müll verbrennt, setzt Emissionen frei. Wenn Wasserstoff verbrennt, braucht er ungeheure Mengen Energie, Infrastruktur, Speicher, gesicherte Verfügbarkeit. Wir wissen alle noch gar nicht, wie das entstehen soll. Es ist alles eine Wette auf die Zukunft, und trotzdem wird am Ende so getan, als sei das Ziel erreicht, wenn nur die richtige Kategorie in der Bilanz steht. Das ist aber keine nüchterne Energiepolitik, das ist eine Art Ablasshandel der modernen Klimabürokratie. Wir brauchen aber in

Berlin keine Heilslehre, sondern wir brauchen Wärme und Versorgungssicherheit. Darauf haben auch die Kollegen der CDU hingewiesen. Das ist ein Schwerpunkt. Wir brauchen robuste Netze, gesicherte Leistung, Speicher, die wir noch nicht haben, Kraftwerke und eine ehrliche Kostenrechnung. Berlin braucht vor allem Respekt vor den Bürgern, die diese Politik am Ende bezahlen müssen. Wenn ich schon wieder bruttoneutral von Herrn Dr. Efler höre, dann weiß ich schon, dass es das nicht geben wird. Das ist eine absolut unökonomische Kategorie. Was muss am Ende bezahlt werden, und wer zahlt am Ende? – Natürlich der Bürger und der Mieter!

Besonders gefährlich ist, dass der Wärmeplan offiziell unverbindlich daherkommt, aber faktisch eine enorme Lenkungswirkung entfaltet. Ich sage dazu am Schluss noch einmal etwas zum Thema Unverbindlichkeit. Er entscheidet darüber mit, wo Wärmenetze ausgebaut werden, wo Eigentümer welche Erwartungen erfüllen sollen oder müssen, wo Investitionen politisch gewünscht sind und wo bestimmte Heiztechnologien langfristig verdrängt werden. Das ist aber keine harmlose Fachplanung, sondern es ist der Einstieg in eine kommunale Energieplanwirtschaft.

Wir sagen deshalb: Wärmeplanung ja, aber nicht als Vollzugsinstrument eines klimapolitischen Dogmas. Eine vernünftige Wärmeplanung muss vom Bürger her gedacht werden, vom Mieter, vom Eigentümer, vom Handwerker. Wer soll denn die energetische Sanierung machen? Wir haben doch die Fachkräfte gar nicht. Wenn wir das mal ernst nehmen, was Sie hier sagen, dann geht das doch gar nicht. Man muss vom Mittelstand und vom Winter her denken, von der Rechnung am Monatsende und von der Frage, ob die Wärme auch dann noch sicher kommt, wenn es kalt ist, dunkel, windstill, alles gleichzeitig, und wir Energie brauchen. Ich nenne immer das Thema Dunkelflaute, 7.00 Uhr morgens, alle Berliner wollen gleichzeitig warm duschen. Was passiert dann? Thema Spitzenzeiten, das geht ohne Gaskraftwerke nicht, das funktioniert ohne die komplette Parallelinfrastruktur alles nicht.

Eine Stadt ist nicht dann gut regiert, wenn ihre CO₂-Bilanz auf dem Papier schön aussieht, sondern ist dann gut, wenn ihre Bürger warm wohnen, ihre Betriebe arbeiten können und niemand durch ideologische Transformationspolitik finanziell überfordert wird. Klimaneutralität bis 2045 ist derzeit kein realistischer Maßstab für gute Wärmeversorgung. Es ist ein politisches Versprechen, das nur mit enormen Kosten, technischen Wetten auf die Zukunft und begrifflichen Kunstgriffen aufrechterhalten werden kann. Wir brauchen aber Ehrlichkeit statt Etikettenschwindel. Wer am Ende weiter Holz, Müll und Wasserstoff verbrennt, sollte nicht so tun, als sei die Verbrennung überwunden. Wer gewaltige Investitionen in Netze, Kraftwerke, Speicher und Gebäude verlangt, muss sagen, wer das bezahlt. Ich habe es gerade gesagt. Wer den Bürgern eine angebliche klimaneutrale Wärmeversorgung verspricht, muss erklären, warum diese Klimaneutralität selbst in den eigenen Szenarien nur über Umwege, Annahmen und Ersatzrechnungen zustande kommt. Unser Maßstab ist ein anderer: nicht Klimaneutralität um jeden Preis, sondern sichere Wärme, bezahlbare Wärme, technologieoffen und eine Politik, die den Bürger nicht zum Objekt einer großen Transformation macht, sondern ihn vor den Kosten dieser Transformation schützt. Darum das beste und politisch ehrlichste, Frau Senatorin, an Ihrer Wärme Planung ist genau deren Unverbindlichkeit.

Ich sage, wir unterstützen alles und alle Mittel für Klimaresilienz. Darum muss es gehen. Darum sage ich gerade an diesem Tag heute: Bauen Sie Klimaanlagen in die öffentlichen Gebäude ein. Wir hatten eine Ausschusssitzung, da war von Hitzeplan die Rede. Das Wort

Klimaanlage kam nicht einmal vor, außer von uns. Ich sage dann auch immer. Hier wird immer geredet von Klima, Klimaschutz, Klimaschutz. Fahren Sie mal U-Bahn, was hier los ist! Wir waren vor zwei Jahren in Wien auf einer Fraktionsklausur. Die Wiener schaffen U-Bahnen klimatisiert. Wir schaffen es nicht. Solange wir so was nicht hinbekommen für unsere Berliner, brauchen wir uns über diese Themen, glaube ich, nicht wirklich weiter unterhalten.

Dann habe ich jetzt noch eine Frage an Herrn Kowalewski: Letztlich werden diese Klimaneutralitätsinvestitionen der energetischen Sanierung doch vom Staat politisch erzwungen. Können die privaten Wohnungsunternehmen das überhaupt finanziell leisten, ohne daran zu ersticken? – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank! – So eine Debatte lebt ja auch ein bisschen davon, dass man aufeinander eingeht. Weil Herr Hansel eben das Thema auch der Bezahlbarkeit nannte: Gerade das ist ein Treiber gewesen. Selbst wenn man das mit der Klimaneutralität als nicht so wichtig erachtet wie Sie, wir schon, kommen wir jetzt zu der Erkenntnis, dass wir mit den fossilen Brennstoffen schlichtweg höhere Preise bezahlen. Allein aus diesem Wirtschaftlichkeitsaspekt und der Versorgungssicherheit heraus entsteht ja die Verantwortung für Parlamentarier und den Senat, dann neue Rahmenbedingungen zu nutzen. Sie haben ja kein Problem mit Tiefengeothermie, unterstelle ich jetzt mal, und deswegen ist es eben umso wichtiger, dass wir diese Maßnahmen einleiten, und dafür ist das – einige haben es schon gesagt – ein Meisterwerk, eine Wärmeplanung zu haben. Sie wurde jetzt von einigen Anzuhörenden ein bisschen kritischer gesehen.

Ich empfinde das so: Es geht nicht nur darum, dass die Fachexperten besser Bescheid wissen oder einen Überblick bekommen. Es geht in einer demokratischen Gesellschaft immer darum, dass wir Transparenz herstellen, selbst für die, die das nicht studiert haben oder nicht tiefere Detailkenntnisse haben. Dass wir jetzt einen Überblick haben, also von der Vogelperspektive in die Froschperspektive kommen, mit örtlichen Gegebenheiten, mit örtlichen Zwängen, aber auch Chancen, ist erst mal ein Auftakt. Deswegen verstehe ich auch unsere Gesprächsrunde heute nicht so, dass die in irgendeiner Form abschließend ist, sondern sie ist der Auftakt für das regelmäßige Zusammenkommen in kleineren Kreisen, in größeren Kreisen, in parlamentarischen Beratungen. Ich erwarte das übrigens auch von den BEW, ich erwarte das von den Stadtwerken, ich erwarte das von GASAG oder der Berliner Energieagentur, dass sie genau diese Perspektiven und Expertise mit einbringen, dass sie aber auch offene Räume für Diskussionen sind. Ich habe gelesen, dass am 29. Juni für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit besteht, die öffentliche Informationsveranstaltung zu besuchen. Das müssen wir noch bekannter machen, dürfen wir auch gerne hier ganz öffentlich dokumentieren, vielleicht kann dazu auch gleich etwas gesagt werden, wo und wann genau das stattfindet.

Die Frage der zentralen Anlaufstelle finde ich stark, aber aktuell richtet sich die zumindest nach meiner Lesart eher an Eigentümer. Ich habe jetzt auch herausgehört, bei Herrn Wild und anderen, dass es natürlich wichtig ist, dass wir das für alle Gruppen möglich machen, für Mieterinnen und Mieter. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter. Wir haben Kundenzentren der landeseigenen Gesellschaften, und wir alle haben viel zu lange zugelassen, dass die geschlossen sind – fünf, sechs Jahre geschlossen, absoluter Skandal aus meiner Wahrnehmung heraus. Wenn wir solche Mieterzentren weiterentwickeln, auch zu Anlaufstellen für Kompetenzen im

Bereich der Wärmewende, dann ist das durchaus eine Option, das auch noch einen Ticken attraktiver zu machen, aber auch Bürgerämter bis hin zu den Bürgerbüros können ihren Beitrag leisten, auch die Abgeordneten. Ich sehe da gerade ganz viele Chancen und nicht so viele Probleme. Wir sind wie gesagt am Anfang.

Ganz konkrete Fragen habe ich natürlich auch. Erstens: Die Sanierungsquote mit 0,7, 0,8 Prozent ist zu niedrig. Seit dem Energiewendegesetz sagen wir, dass wir eigentlich 2 Prozent brauchen. Nach meinen Recherchen ist es so, dass fast ein Drittel aller Gebäude in Berlin dem Staat gehören, allein 4 500 Gebäude der BIM. Wir haben 400 000 Wohnungen der landeseigenen Gesellschaften. Natürlich müssen wir Vorbild sein. Natürlich ist da die Sanierungsquote nicht gut, der Sanierungsstau zu hoch, allein bei der Polizei in Berlin 2,5 Milliarden Euro. Es wird die große Aufgabe der zukünftigen Haushalte sein oder dann anderer Möglichkeiten wie Sondervermögen und so weiter, dass wir endlich mehr investieren und weniger in den Konsum geben. So leicht es ist, im Konsum zu sagen, die Initiative und der Verein, müssen wir auch den Mut haben zu sagen, das geht nicht mehr, weil wir einen erheblichen Sanierungsstau haben. Frau Bonde hat es im Verkehrsbereich mit den Brücken vorgemacht. Meine S75 in Hohenschönhausen fährt nicht bis zum Alexanderplatz oder bis zur Friedrichstraße, weil die Stromnetze der S-Bahn nicht mehr tragfähig sind. Jede weitere S-Bahn führt dazu, dass das System kaputt geht. Deswegen werden gerade sechs Unterwerke gebaut, aber das ist alles viel zu spät, alles viel zu lange auf die lange Bank geschoben worden.

Deswegen meine Frage auch an den Herrn Kowalewski vom BBU, weil Sie auch Private mit vertreten: Jetzt werben wir ja de facto in einer Stadt mit zwei Dritteln privaten Gebäuden darum, dass die sich trauen, Geld zu investieren. Zugleich erleben wir politisch aufgeblasene Diskussionen rund um die Enteignung. Jetzt sind wir am 20. September vor den Wahlen. Wenn wir das mit den Enteignungen nicht vom Tisch kriegen, werden doch die Privaten als politische Partner für eine Wärmewende, für eine vertrauensvolle Investition in die Zukunft doch nicht zur Verfügung stehen. Das ist meine große Sorge, dass wenn wir immer wieder die anderen gegen die anderen ausspielen, auf beiden Seiten im Grunde das Vertrauen fehlt, dann auch Geld in dieser Stadt zu investieren.

Das zweite Thema sind die adressierten fehlenden Verbindlichkeiten: Ich sehe uns da in der Pflicht als Senat und als Abgeordnetenhaus das im Haushalt abzubilden. Natürlich wird es die Pflicht sein, das, was hier auf 149 Seiten steht, dann auch konkret in Maßnahmen zu gießen. Da sehe ich eben auch die Rolle der BEW zum Beispiel. Die muss da ganz selbstbewusst sein, die hat mehr als eine Scharnierfunktion. Da würde mich auch interessieren, wie der Senat die Rolle der BEW interpretiert und wie die Gespräche bisher verlaufen sind.

Und dann vielleicht noch die letzte Frage: Jetzt haben wir das Stückwerk, dieses Papier. Wie geht es aus Sicht des Senates weiter? Es gab gerade so ein bisschen die Kritik, dass die Frage der Beteiligung, des Netzwerks, des Austauschs sich vielleicht nur von selbst ergibt. Ich habe die Erstellung der Wärmewende so empfunden, der Wärmeplanungen, dass sie alle beteiligt haben, alle beteiligen wollten, und ich glaube, dass sie auch weiterhin diese Absicht haben sollten und haben, möglichst viel Beteiligung zu ermöglichen, damit die Expertise, die ich gar nicht habe, aber die viele in dem Bereich haben, mit einfließen kann, damit wir die entsprechende Fortschreibung unseres Meisterwerks, damit habe ich begonnen, endlich auch gerne fortführen können. – Danke schön!

Vorsitzende June Tomiak: Frau Vierecke!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank auch von meiner Seite an die Anzuhörenden! Auf jeden Fall sehr viele Impulse, die wir und sicherlich auch der Senat aufnehmen können! Ich würde mich mal versuchen, darauf zu beschränken, vor allem Dinge zu fragen, die jetzt noch nicht genannt sind und es ein bisschen kürzer zu machen, aber für mich gehen tatsächlich viele Fragen in Richtung Senat, und ich würde mal versuchen, die Bürgerinnen- und Bürgerperspektive auch widerzuspiegeln. Bei uns werden viele Fragen zum Berliner Wärmeplan noch ankommen. Ich finde, da liegt ein tolles Tool vor, in das man sich auch reinklicken kann, und trotzdem beantwortet der Wärmeplan natürlich auch nicht alle Fragen. Ich glaube, dass das auch jetzt in der Anhörung klar geworden ist, dass wir nie nur über den Wärmeplan alleine diskutieren. Da könnte man nämlich sagen: Okay, jetzt haben wir einen Plan vorliegen, alles super –, aber wir haben auch in der Diskussion, auch zu Beginn der Legislatur immer klar gemacht, dass mit dem Wärmeplan eigentlich die große Herausforderung erst beginnt. Wenn wir die Daten vorliegen haben, dann beginnt eigentlich die Arbeit, und die liegt natürlich nicht bei der SenMVKU alleine, sondern da sind auch die SenWiEnBe, SenStadt und im besten Fall eigentlich natürlich die ganze Stadt beteiligt, also viele Themen, die da angesprochen werden.

Wenn ich jetzt Bürgerin bin, und ich schaue auf diese Prüfgebiete, das wäre so meine erste Frage, dann sind relativ viele Prüfgebiete enthalten. An welchem Punkt haben Sie sich für ein Prüfgebiet entschieden und wann eben nicht? Wenn ich Prüfgebiet für Wärmenetz lese, auch bei mir im Wahlkreis, dann weiß ich als Eigentümer, als Mieterin noch nicht ganz genau, was das nun eigentlich heißt. Deswegen einfach die Frage, was die Entscheidungsgrundlage war, und auch stark machen, was auch meine Vorredner gesagt haben, warum es doch relativ viele sind. Welche Unsicherheiten bestehen noch? Ich möchte für uns als SPD auch klar machen, dass die Frage des Auskunftsgabens an die Bürgerinnen und Bürger eine ganz zentrale ist. Wo sehen Sie das als Senat? Ist das eine Aufgabe auch der Bezirke, oder wie stehen Sie zu der Forderung, die auch von Herrn Kowalewski kam, einer Koordinierungsstelle? Wer beantwortet die Fragen zur Energiewende und zur Umsetzung der Wärmeplanung? Ist das da der Senat oder ist das eher die Bezirksebene? Wie arbeiten Sie da gut zusammen? Sie haben sich mit den Bezirken auch wirklich viel ausgetauscht. Wie stehen Sie zu der Idee eines Bürgerenergiefonds, wie der hier auch genannt wurde?

Perspektive des BAUinfo: Ich kann mich noch an die Haushaltsverhandlungen erinnern, dass wir die Kürzungen als Parlament zurückgeholt haben. Das hatte der Senat zunächst gestrichen. Wie beurteilt der Senat jetzt die Rolle des BAUinfo? Wie ist das in die Umsetzung der Wärmeplanung eingebunden?

Herr Kowalewski, die Fragen zur Sanierungsrate will ich noch mal bestärken; das war auch meine. – Die Fernwärme: Wir haben jetzt einen Überblick darüber, wie viel Fernwärme für die Stadt gedacht ist. Ich frage mich noch mal: Haben die Sanierungsrate bei der Entscheidung – das geht auch noch mal an den Senat, entschuldigen Sie – eine Rolle gespielt? Wird sich so was angeguckt, wenn die Datenlage nicht ausreicht? Ist das etwas, was eine Rolle spielt, weil logischerweise ein Haus, was nicht saniert ist, auch mehr Energie verbraucht? Dann wäre natürlich die nächste Frage, wie der Plan der Sanierung dann weitergeht, aber die wurde mehrmals gestellt.

Herr Kowalewski! Sie hatten gesagt, Sie wünschen sich eine Verzahnung zum BEK, zum Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm. Könnten Sie noch mal sagen, was Sie da genau meinen? Mich interessieren natürlich auch die Möglichkeiten für Mieterinnen und Mieter, sich zu informieren, wie sie bei der BBU auch sicherstellen, dass so etwas passiert. Ist das etwas, wo Sie proaktiv informieren, oder wie kann man sich das vorstellen?

Herr Buchholz! Sie waren ja relativ kritisch, was den Gesamtblick angeht und haben auch, glaube ich, verständlicherweise dargestellt, dass wir mit den 19 Jahren, die vor uns liegen, eine enorme Herausforderung haben. Konkret noch mal zu Forderungen zu dem Wärmeplan, weil das eigentlich auch das Thema ist, was wir heute haben: Welche konkrete Änderungen oder Forderungen haben Sie beim Wärmeplan? Geht es darum, dass man die Prüfgebiete noch mal konkretisiert, um mehr Transparenz zu schaffen? Wir arbeiten hier nicht mit den genauen Daten, die über drei Jahre jetzt wirklich auch analysiert wurden, aber hätten Sie da eine andere Einstufung vorgenommen? Weniger Zentralisierung, mehr Dezentralisierung habe ich schon herausgehört. Ich würde Sie bitten, darauf noch einmal einzugehen.

Herr Wild! Ich begrüße das sehr, wenn es Genossenschaften, wenn es Bürgerinnen und Bürger gibt, die die Energiewende stärker in die Hand nehmen. Ich glaube, wir brauchen da auch eine Förderkulissee. Klar ist auch, dass es eine einfache Förderkulissee sein muss. Das mit dem BENE ist sehr misslich. Das haben wir auch mehrfach kritisiert. Vielleicht können Sie noch mal darstellen, welche Fördermöglichkeiten Sie momentan haben und welche eigentlich notwendig wären, um wirklich Nahwärmegenossenschaften und Bürger zu befähigen, in die Umsetzung zu gehen.

Jetzt schaue ich einmal noch mal, ob ich etwas vergessen habe. Ich glaube aber, wir haben umfangreiche Fragen für Sie.

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Dann habe ich jetzt noch eine Person auf der Rednerliste. Herr Dr. Efler, bevor ich Ihnen das Wort gebe, wollte ich kurz noch einmal an alle Abgeordneten den Appell richten, wenn es noch Fragen gibt, diese jetzt zu stellen. Klar, wir haben die Möglichkeit, noch mal Nachfragen zu stellen, aber wir haben noch zwei weitere Tagesordnungspunkte auf der Agenda. Ich wollte nur einen kurzen Hinweis zur Zeit noch mal geben. – Herr Dr. Efler, Sie haben das Wort!

Dr. Michael Efler (LINKE): Ich mache es auch kurz! – Der Wortbeitrag des Kollegen Frey-mark hat mich doch noch mal aufgefordert, mich zu melden. Eigentlich wollte ich Ihnen erst einmal in einem Punkt recht geben, das mache ich auch. Das, was Sie zum Sanierungsstau gesagt haben, kann ich zu 100 Prozent unterschreiben. Total richtig und wichtig, aber das bekommen wir nur hin, wenn wir bei der BIM etwas ändern, und zwar müssen wir die BIM kreditfähig machen. Das würde ich wirklich gerne – das habe ich, glaube ich, schon zehnmal in allen möglichen Runden gesagt – allen auf den Weg geben, so schnell wie möglich. Das ist wirklich keine ideologische Frage, und viele andere öffentliche Unternehmen können das auch. Sonst werden die nicht in der Lage sein, den Sanierungsstau abzubauen. Es ist gerade ein neuer Fortschrittsbericht rausgekommen. Danach ist der Sanierungsstau 2025 noch einmal gestiegen. Das müssen wir unbedingt drehen. Da sind wir uns vielleicht einig.

Dann haben Sie etwas zum Thema Vergesellschaftung gesagt. Das war ziemlicher Klamauk; das muss man ganz klar sagen. Wir reden hier – wenn ich daran erinnern darf – über das Thema Wärmeplanung, und Sie versuchen hier die Verbindung zur Vergesellschaftung hinzubekommen. Das verstehe ich drei Monate vor der Wahl und jetzt auch mit medialer Begleitung. Trotzdem ist das sehr weit hergeholt. Vielleicht kann man darauf verweisen, dass wir durch den Zuwachs an öffentlichen Unternehmen, den wir in den letzten Jahren in Berlin hatten, sowohl Stromnetz als auch Fernwärme als auch Stadtwerke als auch indirekt Wasserbetriebe sehr viel weitergekommen sind, auch bei der Erhöhung zum Beispiel von Solarinstallationsraten, Windenergie und anderen Dingen, ohne das die Preise signifikant gestiegen wären. Wir haben dort wirklich große Fortschritte erzielt.

Bei der Vergesellschaftung, die auch nur Teile der Wirtschaft betrifft, wird sicherlich etwas zu klären sein, wie das zu finanzieren ist. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen dazu, da gibt es übrigens auch eine Expertenkommission, die auch noch unter Rot-Rot-Grün eingesetzt worden ist, die von der ehemaligen Bundesjustizministerin, die der SPD angehört, geleitet worden ist, die sich zur verfassungsrechtlichen Frage geäußert und gesagt hat: Ja, das geht. – Es gibt auch absolut nachvollziehbare Untersuchungen, dass auch die Vergesellschaftung die sicherlich noch eine größere Power hätte, als ein Rückkauf eines Unternehmens wie Stromnetz auch weitgehend haushaltsneutral zu bewerkstelligen ist. Das kommt da sehr stark auf das Modell an und auf die Frage, welcher Entschädigungswert zugrunde zu legen ist. Aber dass Sie das jetzt hier reinbringen, um bei der Wärmeplanung noch einmal irgendwie irgendjemanden einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen, können Sie gerne versuchen. Das ist aber nicht besonders überzeugend. Im Übrigen hat die Bevölkerung von Berlin 2021 eine klare Entscheidung getroffen, mit großer Mehrheit übrigens, und es ist ein Auftrag, diesen Volksentscheid umzusetzen. Wir werden weiter dafür kämpfen.

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Dann kommen wir zur Beantwortung der Fragen durch die Anzuhörenden. Wir würden einmal rückwärts beginnen. – Herr Wild, damit hätten Sie als Erster das Wort!

Reiner Wild (nahwärme-eichkamp.berlin eG): Es sind von Herrn Taschner und Herrn Efler konkret zu den Dingen, die bei genossenschaftlichen Versorgungskonzepten eine Rolle spielen könnten, Fragen gestellt worden; auch Frau Vierecke hat das noch einmal angesprochen. Worum geht es konkret? – Wir hatten als Genossenschaft im Eichkamp das Glück, dass wir mit einer KfW 432 Unterstützung durch den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf Vorarbeiten bekommen konnten, die eine Machbarkeit eines Netzes in dem Quartier schon belegt haben.

Das war ein Glück, muss man sagen. Dann kam der Stopp des KfW-432-Programms, und das war eine Hilfestellung, die uns für die Beantragung von Fördermitteln nach BENE 2 geholfen hat. Das ist eine Vorleistung gewesen, die wir bekommen haben. Wir sehen jetzt auch, dass viele Bezirke, auch der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, schon Schwierigkeiten hätten, weitere Projekte nach KfW 432 überhaupt zu beantragen, weil auch da ein Eigenkapital der Bezirke erforderlich ist. Auch das müsste abgesichert werden, wie die Bezirke die Quartierskonzepte nach 432, sollte es wieder geöffnet werden, überhaupt unterstützen könnten. Dafür ist nicht immer das Geld im Bezirk vorhanden. Das müsste sicher geregelt werden. Das ist ein Punkt.

Damit kann man grundsätzlich die Vorbereitungen für solche Machbarkeitsstudien zum Beispiel treffen, aber man muss sagen, dass es eine Bundesförderung BEW gibt. Die setzt aber wiederum Machbarkeitsstudien voraus, und das ist ein zentrales Problem solcher neuen Initiativen. Wenn es keine KfW-432-Förderung im Vorfeld gibt, müssen die den Eigenkapitalanteil für die Machbarkeitsstudie aufbringen. Dieser Eigenkapitalanteil für die Machbarkeitsstudie liegt bei solchen Quartieren wie im Eichkamp alleine bei rund 120 000 Euro. Das ist ein Punkt, was bei den Gebäudeeigentümern, den Genossenschaftsmitgliedern teilweise zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führt, weil wir da nicht hinreichend Nachrangdarlehen haben zum Beispiel aus dem Kreis der Genossenschaftsmitglieder, weil ein nicht unerheblicher Teil der Hauseigentümer tatsächlich aufgrund der Altersstruktur, der Einkommensverhältnisse gar nicht in der Lage ist, solche Finanzierungen mitzustemmen. Es gibt ein konkretes Problem, und das ist der Grund, warum dieser Bürgerenergiefonds wie ihn Schleswig-Holstein beispielsweise entwickelt hat, dort eine Hilfestellung macht. Wenn das Projekt dann läuft, muss das Geld in den Fonds zurückgespeist werden. Das finde ich eine gute Regelung. Na klar, wenn das Projekt dann nicht läuft, dann ist das Geld für den Fonds verloren, aber ich glaube, dass das ein relativ geringes Risiko ist.

Was sind aber die konkreten Hilfestellungen? – Es sind schon Ingenieurleistungen und Beratungen in diesem Bereich angesprochen worden. Das Problem von Genossenschaften in dem Bereich ist, dass die meisten das technische Know-how gar nicht haben. Das sind Leute aus der Zivilgesellschaft, die etwas machen. Das bedeutet, dass viele dieser Leistungen eingekauft werden müssen. Das ist nicht immer problematisch und sicher an vielen Punkten auch sinnvoll, aber es gibt Themenbereiche, Stichwort Leitungsanfrage: Wenn kalte Netze gebaut werden, muss man Leitungsanfragen stellen, da wo die Netze gebaut werden sollen. Allein die Interpretation dieser Leitungen, die dort in den Straßen liegen, ist für Ungeübte praktisch nicht möglich. Das wäre eine konkrete Hilfestellung, wo das Land Berlin zum Beispiel solche Quartiersansätze unterstützen könnte, indem zum Beispiel solche Leitungsanfragen unbürokratisch beantwortet werden könnten und auch klar gemacht werden könnte, ob das da tatsächlich geht. Wir müssen für diese Frage ein Ingenieurbüro beauftragen, und das kostet Geld. Die machen das nicht umsonst. Das sind so ganz konkrete Themen, wo man das machen kann, wahrscheinlich auch relativ unkompliziert, wenn man das Personal für so etwas zur Verfügung stellt.

Der zweite Punkt ist die Genehmigungspraxis Wasserrecht und straßenrechtliche Genehmigungen. Da gibt es Diskussionen beim Senat, das ist angelaufen. Ich bin da ganz optimistisch, dass da klarere Regulierungen oder klarere Regeln für mögliche Interessen nach außen gegeben werden, wie man mit dieser Genehmigungspraxis umgeht. Da muss sich jede Genossen-

schaft selbst durchwurschteln, und da wäre es eine Hilfestellung, wenn man da schon ein bisschen klarere Vorgaben und eine Unterstützung hat.

Der dritte Punkt, der angesprochen wurde, war die Frage der Vernetzung von Herrn Taschner. Ja, aber ich meine, Genossenschaften sind auch Initiativen von unten, das wollen wir auch festhalten, und das soll auch so sein. Es gibt aber schon Möglichkeiten – die sind übrigens im Wärmeplan angesprochen –, zum Beispiel einer Dachgesellschaft, in der sich Genossenschaften zusammenschließen und in der zum Beispiel solche Mentoringprogramme auch überlegt werden können. Das ist ein Programm, das im Wärmeplan vorgesehen ist. Wenn das umgesetzt werden würde: Prima! Da kann ich nur sagen, dass das sicherlich eine Hilfestellung wäre. Es ist vollkommen klar, auch wir als Genossenschaft wissen in so einem Quartier, dass die genossenschaftliche Lösung im Bereich der Wärmewende nur ein kleiner Teil sein kann. Das ist vollkommen klar. Inwieweit gewerbliche Initiativen vonstattengehen können – da möchte ich noch einmal auf das Bezug nehmen, was Herr Efler gesagt hat –, die von der Preisgestaltung auch die Wärmewende so gestalten, dass Bewohner und Verbraucher, entweder Gebäudeeigentümer oder Mieterinnen und Mieter, dann nicht überfordert werden, wird ein zentraler Punkt. Wir sind selbst als Genossenschaft Wärmelieferant. An der Stelle kann ich nur sagen, dass ich unterstützen kann, dass es eine Preisaufsicht dafür gibt. Ich halte diese Frage, wie auch bei neuen Wärmenetzen, der Preiskalkulation für eine eminent soziale Frage. Es muss gut abgestimmt sein, keine Frage, aber man darf sich dem nicht verschließen. Wenn wir es für die Fernwärme verlangen, dann müssen wir auch bereit sein, das für neue Wärmenetze zu akzeptieren. Ich finde, dass das ein Punkt ist, wo wir an der Stelle sagen können: Ja, den Punkt nehmen wir auf.

Contracting halte ich an der Stelle für Genossenschaften für nicht so ein Problem, weil es der Normalfall ist, dass ein Gebäudeeigentümer dann nicht mehr selbst liefert, sondern die Genossenschaft im Grunde der Contractor ist, weil sie der Wärmelieferant ist. Das ist im vermieteten Bestand eine andere Frage. Ich glaube, dass das an der Stelle heute noch nicht das zentrale Problem ist. Wir müssen sehen, wenn die Wärmelieferverordnung und die AVBFernwärmeV auf Bundesebene tatsächlich diese Schutzmechanismen nicht entwickeln – ich sehe da nicht besonders große Chancen, dass bei der Novelle dieser Verordnungen tatsächlich auch die Verbraucherinteressen gut berücksichtigt werden –, dann spielt die Preisaufsicht, zu der das Land Berlin befähigt ist, eine größere Rolle. Das muss man klar sagen. Ich glaube, dass das die Fragen waren, die an mich gestellt worden sind.

Noch eine Sache zu Herrn Freymark, Beteiligung: Ja, es gab ein Beteiligungsverfahren, das ist auch im Bericht dargestellt, allerdings bezog sich das Beteiligungsverfahren bei der Aufstellung des Wärmeplans in erster Linie auf die großen Stakeholder, die Bezirke, die großen Versorgungsinstitutionen und so weiter. Was bei der Aufstellung weniger gelungen ist, finde ich, ist die Frage der Beteiligung der Zivilgesellschaft. Nun kann man sagen: Das ist vielleicht noch etwas früh –, aber die Fragen sind ja aufgetaucht. Ich bin Bezirkspolitiker in Steglitz-Zehlendorf, und ich weiß, wie viele Fragen auftauchten, aber der Bezirk als erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger war null informiert, weil die keine Klimaschutzbeauftragte hatten. Herr Schlopsnies hat teilweise auch über die Probleme berichtet, die es gegeben hat, die Bezirke einzubinden. Ich finde, bei der Zivilgesellschaft ist nicht viel von der Entwicklung des Wärmeplans gelandet. Unsere Aufgabe wird es sein, denke ich, für alle diesen Plan in der Stadt überhaupt erst bekannt zu machen, dass die Umsetzung endlich losgehen kann.

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Herr Kowalewski, Sie haben das Wort!

Jan Kowalewski (BBU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Zunächst zu den Fragen von Ihnen, Herr Dr. Taschner: Bei der energetischen Sanierung will ich zu bedenken geben, dass die Quote alleine natürlich nicht das Entscheidende ist, sondern die Frage ist, wie hoch ist tatsächlich der Sanierungsstand. Da ist es so, dass insbesondere die Genossenschaften wirklich sehr weit sind, in Richtung 90 Prozent, was ihren Gebäudebestand angeht. Das muss man natürlich immer ins Verhältnis setzen. Was allerdings richtig ist, und da sind wir auch nicht gefragt worden, weder beim Wärmeplan noch bei der BEW-Dekarbonisierung, ob 1,7 oder 2,3 Prozent realistisch sind. Da muss man ganz klar sagen, dass die Unternehmen wirklich in Größenordnungen investieren. Wir haben es gerade bei der Roadmapvorstellung gezeigt, insbesondere nicht nur im Neubau, sondern hauptsächlich im Bestand, und das sind viele Milliarden Euro pro Jahr. Diese Investitionsprogramme laufen quasi schon immer so durch. Da wird Stück für Stück der Bestand energetisch ertüchtigt. Das ist ganz normal, aber die Quote von 1,7 oder 2,3 Prozent ist aktuell nicht Gegenstand dieser Investitionsplanungen. Es liegt also darunter. Das müsste man entsprechend flankieren, um eine höhere Rate zu erreichen.

Wie stehen wir zum Gebäudemodernisierungsgesetz – GModG –? – Das ist gar nicht so einfach, das ganz schnell zu sagen. Wegen Verlässlichkeit: Natürlich muss es verfassungskonform sein, das ist das A und O. Alles andere wäre wirklich schwierig. Wir sind der Auffassung, dass es auf Unternehmensebene – das nennt man Flottenansatz – oder Portfolioebene Sinn ergibt, insofern kann ich schon die Frage von Dr. Efler vorziehen, nicht auf das einzelne Gebäude zu gehen. Im Neubau wird über das GModG das Nullemissionshaus kommen, aber natürlich ist es das Entscheidende, die Worst Performing Buildings im Bestand als Erstes anzugehen, das sind im Prinzip low hanging Fruits, und da reinzugehen. Gerade wenn man in neue Heizungstechnik investiert, braucht man die richtige Gebäudehülle.

Das Thema Gas und Öl: Da habe ich eine ganz andere Wahrnehmung. Die Mitgliedsunternehmen werden jetzt nicht in Gas und Öl investieren, nicht die BBU-Unternehmen. Die entscheiden sich zwischen Nahwärme, Fernwärme, Wärmepumpe. Das Thema ist, dass diese ganze Grüntreppe und so weiter viel zu unklar ist, dass da überhaupt Versorgungssicherheit besteht. Es sollen irgendwann 60 Prozent Bioanteil sein. Wir haben aktuell 1 Prozent Biogasanteil am gesamten Gasmarkt. Da gibt es andere Industrien, die das auch noch haben wollen. Das sehe ich nicht. Es macht aber die Diskussion komplexer, aber da sind wir erst einmal pro der Technologiefreundlichkeit, wir denken auch an ältere Senioren, die jetzt vielleicht keine Wärmepumpe mehr in ihr Haus einbauen wollen.

KfW 432 halten wir für wichtig. Das entspricht auch dem, was ich vorher gesagt habe. Wir brauchen integrierte energetische Quartierskonzepte. Wir müssen diese Wärmeplanung jetzt umsetzen, und dafür ist es meines Erachtens genau das Instrument. Man muss da übergreifend denken und braucht dann auch die Fördermittel für die Studien.

HOWOGE: Da würde ich sagen, dass die sehr sorgsam planen. Da geht es, glaube ich, darum, dass noch nicht klar ist, wer der Anbieter ist. Sind es die Stadtwerke? Die BEW? Wer ist da überhaupt der Vertragspartner? Ich kenne da noch nicht die Details. Grundsätzlich ist es so, dass wahrscheinlich immer eine Abwägung getroffen wird. Ist das Nahwärmenetz die richtige Lösung? Gibt es da Fernwärme oder die Wärmepumpe? Ich kann mir nicht vorstellen, dass

die HOWOGE das grundsätzlich ablehnt. Es gibt ganz viele Nahwärmenetze, die auch die kommunale Wohnungswirtschaft aktuell betreibt und auch konzipiert.

Contracting – das hatte Herr Wild schon gesagt –: Immer unter der Voraussetzung, dass es eben für eine Stabilität der Preise sorgt und stabil ist, kann es auch eine Lösung sein. Es gibt auch, sage ich mal, unterschiedliche Anbieter von Contracting. Da muss man einfach genau prüfen, wer der Vertragspartner ist.

Warmmietenneutralität: Im Prinzip wollte ich damit nur sagen, dass es natürlich so ist, dass, wenn man energetisch saniert, zwar Kappungsgrenzen hat, aber es gibt gewisse Umlagen. Wir sehen aber auf der anderen Seite, dass es aktuell noch gelingt, auf der Betriebskostenseite entsprechend Reduzierungen zu erreichen. Sogar im Milieuschutz, wo es teilweise sehr kritisch gesehen wird, konnte das nachgewiesen und dann auch bestätigt werden. Das sollte natürlich das Ziel sein.

Herr Hansel! Ich hatte es schon gesagt. Die Investitionsplanung läuft durch wie eine Uhr. Das können Sie sich wirklich so vorstellen. Die Unternehmen schauen immer in die Zukunft, machen ihre Begehungen der Dächer, der Fassaden, planen sehr langfristig und machen das Schritt für Schritt, und sie überfordern sich auch nicht, weil sie immer auf die Wirtschaftlichkeit schauen. Sie haben ein bestimmtes Budget dafür zur Verfügung und schauen auch immer darauf, dass jede einzelne Maßnahme für sich zumindest gerade so positiv von der Rendite her ist.

Dann zu Ihnen, Herr Freymark: Die Anmerkung zu den Mieterzentren, dass die noch energetische Beratung machen könnten, scheint mir nicht ganz realistisch. Da gibt es wirklich viele Themen. Das ist aber eines. Man müsste sie dann in technischen Fragen schulen und vorbereiten. Aktuell stehen soziale und kaufmännische Fragen im Zentrum.

Weil Sie es auch als Frage an mich gerichtet haben: Wir vertreten 45 Prozent des Wohnungsbestandes in Berlin. Natürlich ist es so, dass die Städtischen und Genossenschaften jetzt nicht aufgrund der Enteignung aufhören zu investieren. Sie machen einfach weiter, begleiten dieses Thema natürlich kritisch, das muss man schon sagen, sind aber auch ausgeklammert. Bei den Privaten ist es tatsächlich so, dass die Investitionen zurückstellen, sowohl in den Neubau als auch in den Bestand, einfach aufgrund der Risiken. Wenn man Gefahr läuft, dass diese Bestände dann vergesellschaftet werden, dann kann man jetzt keine Investitionen gegenüber den Gremien unbedingt vertreten.

Frau Vierecke! Sie haben auch zur Sanierungsquote gefragt. Ich hoffe, ich habe das ausreichend beantwortet. – Verzahnung BEK, was ich damit meine: Im Prinzip wollen wir diese Verlässlichkeit zumindest in so Fünfjahresscheiben, dass man weiß, was die Zwischenziele sind und man sich darauf einrichten kann, was der Anteil des Gebäudebestands an der Dekarbonisierung ist, damit man das in diese Gesamtplanung der Unternehmen und Portfolien einsteuern kann. – Sie hatten, glaube ich, auch noch Informationen für Mieterinnen und Mieter: Das machen die Mitgliedsunternehmen. Immer wenn es Themen gibt, dann werden dort viele verschiedene Informationsformate verteilt, auch in vielen Sprachen, muss man dazu sagen, alles das niedrigschwellig. Das wird wirklich betrachtet. Aktuell haben wir zum Beispiel das Thema Krisenmanagement, Resilienz, da wird gerade etwas vorbereitet, und genauso wird es im Bereich der Wärmeplanung. Jeder Mieter und jede Mieterin werden, insbesondere wenn

man Veränderungen am Haus hat, Sanierungen, da werden auch Bauarbeiten durchgeführt, entsprechend eingebunden.

Vorsitzende June Tomiak: Herr Buchholz, dann haben Sie das Wort!

Daniel Buchholz (BUND Berlin e. V.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde die Fragen auch der Reihe nach durchgehen, wie sie gestellt wurden. Ich fange also mit Stefan Taschner an. Er hatte gefragt, welche konkreten Maßnahmen wir uns als Umweltverband als Unterstützung für Nahwärmenetze insbesondere wünschen. Die Frage kam später auch noch von Herrn Efler und Frau Vierecke, daher würde ich das gleich ein bisschen zusammenfassen, um es kürzer zu machen: Natürlich wirklich die echte finanzielle, personelle und ... [unverständlich] Unterstützung! Die muss real vor Ort ankommen. Reiner Wild hat das angesprochen. Die hatten noch Glück im Eichkamp, dass sie noch eine Bundesförderung bekommen haben. Die ist momentan in der Form nicht mehr existent. Die Töpfe sind schon leer. Das heißt, dass das Land Berlin übernehmen muss. Wenn wir uns vergegenwärtigen: Sie haben als Abgeordnetenhaus einen Doppelhaushalt beschlossen, der bis Ende 2027 gilt. Bis dahin wird aus diesem Landeshaushalt finanziell wohl keine Unterstützung möglich sein. Frühestens 2028 kann es offensichtlich irgendeine Unterstützung in finanzieller oder sonstiger Form geben. Davor gruselt es mich. Das ist nämlich deutlich zu spät. Wir reden vom Zieljahr 2045. Das muss ich noch einmal ausführen, dass wir dann viel zu spät sind.

Die Städtenamen sind mehrfach genannt worden, aber ich kann Sie wirklich nur bitten, gehen Sie auf die Internetseite rethink-muenchen.de und schauen Sie sich an, was die Landeshauptstadt, kein eigenes Bundesland, sondern einfach eine Stadt, auch wenn wir Berliner nicht immer so gerne nach München schauen, aber in diesem Fall ist es sehr berechtigt. Schauen Sie sich an, was die Stadt München an Informationen, an Beratung, an praktischer Unterstützung auch für Nahwärmeinitiativen und Bürgergenossenschaften anbietet. Das ist wirklich vorbildlich. So weit müsste Berlin als Bundeshauptstadt eigentlich wirklich sein. Da sind wir deutlich hinten dran. Wir brauchen hier eine echte Beratung vor Ort. Wir brauchen auch Aktivierungs- und Beteiligungsformate für die Menschen, die eben nicht in Prüfgebieten liegen. Zum einen – das wurde schon mehrfach gesagt, völlig richtig – sind die Prüfgebiete in Berlin deutlich größer als in anderen Städten ausgewiesen. Die Unsicherheit ist noch deutlich größer und wird sich nach hinten verschieben. Da kann ich nur sagen, Unsicherheit – Herr Kowalewski hat es angesprochen –: Wer investieren will, braucht eine Sicherheit. Das gilt für den einzelnen Hauseigentümer genauso wie ein großes Wohnungsunternehmen. Wenn die gesetzlichen und administrativen Vorgaben nicht klar sind, wird nichts passieren, und dann werden wir auch die Klimaziele reißen.

Dann wurde von Herrn Taschner noch nach dem Stufenmodell und Sanierungsraten gefragt: Das ist schon von den beiden Vorrednern ausgeführt worden. Ja, wir wünschen uns eigentlich am liebsten ein klassisches Stufenmodell, wo man über wirklich Jahre sagt, was in 5 Jahren, was in 10 Jahren, was in 15 Jahren zu erreichen ist, nicht nur abstrakte Klimaziele. Frau Senatorin, Sie haben das Stichwort Technologieoffenheit benannt – ich glaube, Danny Freymark auch –: Das ist natürlich ein sehr schöner Begriff, aber er ist letztendlich auch die Aussage: Wir lassen das alles unverbindlich, und du musst das alles vor Ort ganz alleine entscheiden. – Das ist der große Pferdefuß dabei. Die Bundesgesetzgebung, die sich jetzt unter Schwarz-Rot abzeichnet, wird zu mehr Unsicherheit führen, was die Leute wirklich tun sollen, und das können Sie wirklich hören. Fragen Sie vor Ort, auch wir sind in Bürgerversammlungen als

Umweltverband, und dann sagen sie: Ja, wir wissen ja gar nicht, was wir denn jetzt wirklich tun sollen. Was können wir tun – da ist ein Einblick in den Wärmeplan –, aber was müssen wir wirklich tun? Was ist die beste Lösung vor Ort? – Da sind viele Leute alleingelassen und da muss das Land Berlin helfen, und das ist – mit Verlaub – keine Koordinierungsstelle mit zwei Mitarbeitenden in der Senatsverwaltung. Das ist bitte schön eine sehr hübsche Illusion, aber sie wird zu wenig Veränderung führen.

Länderöffnungsklausel – das Stichwort ist genannt worden –: Natürlich sollte Berlin die ziehen, auch dafür wären wir sehr, weil die Bundesgesetze so zu lasch ausgelegt sind.

Was ich noch einmal allen empfehlen kann, auch tatsächlich zu den Bürgerenergiegenossenschaften: Schauen Sie in den Wärmeplan und blättern Sie von hinten auf. Das geht auch digital. Auf den letzten fünf Seiten haben Sie dankenswerterweise die Stolpersteine für Energiegenossenschaften wirklich intensiv dargelegt. Das ist eine ganz tolle Ausarbeitung. Die hätten wir vom BUND genauso gemacht, weil sie richtig und wichtig ist. Sie zeigt aber die ganzen technischen, praktischen und finanziellen Hürden, die vorhanden sind. Bitte lesen Sie auch die letzten fünf Seiten im Wärmeplan, wenn man ihn aufschlägt.

Was ich vorhin im ersten Statement vergessen habe: Wir freuen uns als BUND sehr, dass das Land Berlin in Kürze ein Wohnungs- und Mietenkataster bekommen wird. Aber liebe Abgeordnete, dort muss zwingend auch die Energieversorgung der Gebäude mitaufgenommen werden. Wenn wir eine Kompletterfassung des Berliner Gebäudebestandes machen, wem er gehört, dann ist es natürlich für die Wärmewende, für unsere Energieversorgung in der Zukunft absolut zwingend und notwendig, dass dort auch der aktuelle Energieversorgungsstatus erfasst wird. Bitte nehmen Sie das noch auf, wo immer das gesetzlich geht. Schreiben Sie Änderungsanträge zu dem, was bisher vom Senat vorliegt. Das ist wirklich notwendig und ein wichtiger Baustein für die Energiewende. Bitte: Das Wärme- und Mietenkataster muss zwingend um Energieversorgungsaspekte erweitert werden.

Dann zu Herrn Hansel von der AfD: Sie haben auch Bezug auf ein, zwei Aussagen von mir genommen und zitiert. Das Ziel wäre Fossilfreiheit. Das ist nur eine Teilantwort, die wir gegeben haben. Da kann ich Ihnen nur sagen, dass wir eine verbrennungsfreie Energieversorgung. Die ist nämlich emissionsfrei. – [Zuruf] – Ja, aber Herr Hansel, es liegt doch sehr auf der Hand, dass wir durch lokale Wärmelösungen auf der Grundlage von Erneuerbaren, von Erdwärme, die kostenlos bereitgestellt wird, von erneuerbaren Strom – Sonne und Wind liefern kostenlos – unabhängig von teuren Energieimporten werden – ich habe die Zahl 4 Milliarden Euro schon genannt. Wir werden unabhängig von Autokraten, und wir werden unabhängig von internationalen Konflikten. Ich bitte Sie, was gibt es mehr, was sich ein Land wünschen kann, als so eine autarke Energieversorgung? Da machen Sie offensichtlich die Augen zu. Das verstehe ich nicht. Sie haben das Stichwort Dunkelflaute genannt. Schauen Sie sich an, dass die Bundesrepublik Deutschland an sonnenreichen und windreichen Tagen wie heute ihren Strombedarf komplett mit erneuerbaren Energien versorgen kann. Da scheint offensichtlich etwas zu funktionieren, was Ihre Vorstellungskraft übersteigt. Das finde ich sehr schade. Wir können natürlich morgens warm duschen, weil es Zwischenspeicher im kleinen und dem großen Maßstab gibt. Das ist der eigene Speicher bei jedem einzelnen, das sind die Großspeicher, ob Wärme, ob Energiespeicher. Die Technik ist da, sie muss nur aufgebaut und erweitert werden. – [Zuruf] – Es ist aber sicherer, Herr Hansel, als dass wir sagen: Wir freuen

uns darüber, dass die Ölimporte durch die Schließung der Straße von Hormus zusammenbrechen. – Da kann ich nur fragen, was daran langfristig und vernünftig ist.

Zu Herrn Freymark: Sie hatten die Sanierungsquoten der öffentlichen Hand angesprochen. Da kann ich Ihnen nur beipflichten. Sie sind viel zu niedrig. Vielleicht kann der Senat noch einmal darlegen – er selbst ist, glaube ich, auch bei 0,7 Prozent –, wie die 1,7 Prozent aus dem Wärmeplan, die 2,4 Prozent aus dem Dekarbonisierungsfahrplan der BEW dazu irgendwie passen. Ich bekomme das in meinem Kopf noch nicht zusammen.

Im Haushalt abbilden, Herr Freymark: Absolut richtig! Es geht um Milliarden Euro. Genau dafür ist das Sondervermögen des Bundes gedacht, um genau diese Zukunftsinvestitionen zu machen und das nicht für andere Sachen zu verfrühtücken. Bei Herrn Freymark habe ich einmal das Stichwort „Meisterwerk“ beim Wärmeplan und einmal auch Stückwerk gehört, glaube ich, wenn ich es akustisch richtig verstanden habe. Ich glaube, es ist beides. Darauf können wir uns, glaube ich, einigen.

Frau Vierecke hat gefragt, wer die Fragen der Bürger beantwortet. Das habe ich vorne bei der Unterstützung ausgeführt. Wir müssen, glaube ich, als Berlinerinnen und Berliner klar machen, wenn wir eine zukunftssichere Versorgung wollen, und sicher heißt wirklich klimafreundlich, sicher auch im Sinne, dass es in den Wohnungen warm ist, dass der Strom auch fließt, den wir brauchen, und dass es tatsächlich auch eine bezahlbare und damit soziale Wärmeversorgung für Berlin braucht, dann müssen wir zwingend diesen Wärmeplan wirklich weiterentwickeln. Wir brauchen einen Wärmeplan 2.0. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Möchte der Senat Stellung nehmen? Es gab ja Fragen. – Frau Bonde, Sie haben das Wort!

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Um hier mal ganz viel Ausführungen den Wind aus den Segeln zu nehmen: Wir haben natürlich an die Beratung gedacht. Das ist total klar. Ich habe es vorhin erwähnt. Der Lenkungskreis hat regelmäßig getagt, und wir haben häufig thematisiert, wie wir es schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger entsprechend beraten werden. Insofern gab es eine Gründung einer Wärmewendeagentur. Wir haben das am Dienstag in die Presse gebracht, dass die Gründung nun erfolgt ist. Mit Zustimmung der Vorsitzenden zitiere ich gerne aus der Pressemitteilung:

„Für schnelle Umsetzung: Umweltverwaltung gründet neue Wärmewendeagentur.

Unter dem Dach der Berliner Energieagentur (BEA) entsteht im Auftrag der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) die zentrale Anlaufstelle für die Umsetzung der Berliner Wärmewende. Die neue Wärmewendeagentur bündelt Information, Beratung und Vernetzung rund um die Transformation der Wärmeversorgung in der Hauptstadt. Der Aufbau erfolgt parallel zur gesamtstädtischen Wärmeplanung, die von der Umweltverwaltung erarbeitet wurde. Das Land Berlin finanziert das neue Angebot, das im Sommer an den Start geht.

Die Wärmewendeagentur richtet sich an private und öffentliche Eigentümerinnen und Eigentümer von Gebäuden und Anlagen, die ihre Wärmeversorgung zukunftsfähig gestalten wollen. Sie bietet niedrigschwellige Erstinformationen zum Berliner Wärmeplan, zu technischen Lösungen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung, zu Anschlussmöglichkeiten an Wärmenetze sowie zu Förderprogrammen.

Darüber hinaus unterstützt die Agentur Bezirke und öffentliche Einrichtungen bei der Dekarbonisierung ihrer Liegenschaften und begleitet Eigentümer- sowie Anwohnerinitiativen bei der Entwicklung von Quartierslösungen. Ziel ist es, konkrete Projekte schneller in die Umsetzung zu bringen und Akteure vor Ort besser zu vernetzen.“

Insofern ist auch der Verweis auf München, glaube ich, damit hinfällig.

Nächster Punkt, der angesprochen worden ist, wie wir informieren, dass der Wärmeplan tatsächlich veröffentlicht wurde. Am 29. Juni findet um 17.00 Uhr in der ehemaligen KINDL-Brauerei eine entsprechende Veranstaltung statt. Auch dazu haben wir eine Pressemitteilung herausgegeben.

Herr Buchholz! Ich schätze Sie wirklich sehr, aber ich glaube, vorhin ist ein bisschen der ehemalige Abgeordnete mit Ihnen durchgegangen, als Sie gesagt haben: „Vielleicht kann der Senat noch einmal darlegen ...“, aber das machen wir natürlich trotzdem gerne und das übernimmt dann Herr Schlopsnies, was die 1,7 oder 2,3 Prozent anbelangt.

Dann fange ich mit den Fragen an: Ich glaube, wir haben in unserer einleitenden Stellungnahme sehr deutlich dargelegt – das hat der BBU auch noch einmal sehr deutlich ausgeführt –, dass es ein strategischer Plan ist, und es ist ein Plan. Genau das ist durch den Bundesgesetzgeber von uns eingefordert worden. Diesen Plan haben wir fristgerecht vorgelegt. Wir haben auch sehr deutlich ausgeführt, dass das nicht das Ende ist. Da hatte ich Herrn Schlopsnies um Entschuldigung gebeten, dass es für Herrn Schlopsnies und Frau Dunkelberg und die Kollegen in der Verwaltung weitergeht und dass es ein lebendes Dokument ist. Ich glaube, dass wir jetzt alle mal stolz und froh sein können, dass uns dieser große Wurf gelungen ist. Natürlich wissen wir aber, dass es weitergehen wird. Wir stellen uns dieser Aufgabe auch sehr gerne.

Dann, glaube ich, ist sehr deutlich, dass wir nicht für einen Zwang stehen, sondern für Wahlfreiheit und dass wir ein Angebot schaffen. Auch das gibt dieser Plan wider. Wenn vorhin angesprochen worden ist, dass ein Anschluss- und Benutzungszwang geprüft wird: Wenn es nicht mit der Wahlfreiheit gelingt, dann prüfen wir natürlich einen Anschluss- und Benutzungszwang. Wir haben das auch in anderen Fällen gesetzlich festgelegt. Wir haben einen Anschluss- und Benutzungszwang beispielsweise im Berliner Betriebe-Gesetz für die Waserbetriebe und auch für die BSR festgelegt. Manchmal muss man solche Instrumente, die einem verfassungsrechtlich auch zur Verfügung stehen, wenn es um das Wohl der Allgemeinheit geht, auch ergreifen.

Beteiligung der Bezirke: Natürlich waren die Bezirke eingebunden, wenn sie denn gewollt haben. Insofern sind wir da auch auf einem guten Weg, und wir werden sie auch weiterhin einbinden. Sie können sich auch jetzt an die Wärmewendeagentur wenden. Das werden wir Ihnen sehr deutlich mit auf den Weg geben.

Hinsichtlich der Prüfgebiete wird Herr Schlopsnies ausführen. Ich möchte aber zu dem Thema grundsätzlich sagen: Wenn hier immer auf München verwiesen wird, insbesondere von der Grünenfraktion, dann kann ich auch da nur sagen, dass Sie lange genug an der Regierung waren. Sie haben vor allen Dingen dieses Haus geleitet. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE): Nicht lange genug!] – Vielleicht sagen Sie „nicht lange genug“. Für uns waren Sie lange

genug an der Regierung, Herr Lux. Sie haben genau diese Verwaltung, meine Verwaltung geleitet. Sie hätten wirklich dafür Sorge tragen können, dass wir nicht München hinterherhinken, so wie Sie es jetzt darstellen. Ich glaube, dass wir es in unsere Aufgaben mitaufgenommen haben. Wir haben rechtzeitig geliefert. Damit ist für mich alles gut.

Wenn nach der Preisstabilität gefragt wird, kann ich Ihnen sagen, dass bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe eine Fernwärmeregulierungsbehörde etabliert ist. Diese übt die Preisaufsicht aus. Auch da gibt es Mechanismen, aber wenden Sie sich bitte an jemand anderen und nicht an mich. – Der Sanierungsstand ist wiederum ein Thema, das Senatstadt betrifft. – Ich wollte noch einen weiteren Punkt beantworten. Es waren so viele Fragen. Ich glaube, ich gebe erst einmal an Herrn Schlopsnies ab, und wenn ich die Frage finde, zu der ich noch ausführen kann, werde ich das tun.

Vorsitzende June Tomiak: Dann haben Sie das Wort!

Udo Schlopsnies (SenMVKU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Anzuhörende! Zunächst einmal möchte ich mich für die Würdigung der Arbeit der Verwaltung und des gesamten Teams bedanken! Zu den Fragen: Mehrfach wurde gefragt, wie es mit der Umsetzungsstrategie weitergeht. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir als planungsverantwortliche Stelle einen engen gesetzlichen Rahmen haben für das, was wir jetzt vorgelegt haben, und auch für das, was jetzt weiter passiert. Dieser enge gesetzliche Rahmen sieht vor, dass wir eine Umsetzungsstrategie mit unmittelbar selbst zu realisierenden Maßnahmen. Wir als planungsverantwortliche Stelle können nicht die Wärmewende umsetzen. Wir werden nicht investiv tätig. Wir haben keine eigenen Gebäude. Wir versuchen, die Rahmenbedingungen zu optimieren und so sind auch die Maßnahmensteckbriefe gemeint und adressieren deshalb weitestgehend den Senat. Dem werden wir uns zuwenden. Für diese Maßnahmen, wo gegebenenfalls der eine oder andere Dienstleistungsauftrag erforderlich ist, sind entsprechende Mittel auch in der Maßnahmengruppe 01 vorgesehen. Es sind aber keine konkreten Umsetzungsmaßnahmen im Sinne einer Heizungsauschmaßnahme oder Ähnlichem.

Dann vielleicht gleich anschließend, wie es insbesondere mit den Bezirken weitergeht: Wir haben uns mit den Bezirken – Frau Bonde hat es gerade gesagt – intensiv zu den Aufgaben in den Bezirken, die durch die Wärmewende ganz allgemein entstehen werden auseinandergesetzt und sind zu dem Schluss gekommen, dass es viele Aufgaben schon gibt. Das sind Genehmigungsprozesse, die punktuell, je nachdem ob und wenn ja wann wo zum Beispiel ein Wärmenetz errichtet wird, erneut anfallen werden, vielleicht verstärkt anfallen werden. Es sind Aufgaben aber auch im Sinne von Ohnehin-Aufgaben in den Facility-Management-Bereichen, wo es um eigene Gebäude geht, die dekarbonisiert werden müssen. Es gibt verschiedene Stellen in den Bezirken, die vom Thema Wärmewende betroffen sind. Dazu standen wir im Austausch, dazu haben wir auch über ein Projekt, was uns auch vom Hauptausschuss bewilligt wurde, mit dem Auftrag über „PD – Berater der öffentlichen Hand“ einige Unterstützungspapiere geliefert, die von Bezirken genutzt werden können. So viel vielleicht zur Umsetzungsstrategie und Umsetzung allgemein!

Wie das mit den Prüfgebieten und den Zahlen zu den Sanierungsraten aussieht, würde ich dann gerne an Frau Dr. Dunkelberg abgeben, wenn das möglich ist, weil sie die Zahlen deutlich besser kennt, weil sie die mit dem anderen Kollegen zusammen berechnet hat.

Ich kann noch gerne etwas zu ausstehenden Potenzialanalysen sagen: Ja, wir sind da auf Vorarbeiten Dritter angewiesen, die noch nicht ganz abgeschlossen sind. Das betrifft insbesondere die Georeferenzierung von Potenzialen im Bereich der Hydrothermie und die Potenziale im Bereich der Tiefengeothermie. Diese stehen noch aus. Da werden wir, wenn wir die Ergebnisse haben – bei der Hydrothermie hoffentlich noch in diesem Jahr, über ein entsprechendes Modell, das unseren Fachzuständigkeitsbereich überschreitet –, die Aussagen noch nachliefern. Bei der Roadmap Tiefe Geothermie werden wir leider warten müssen, bis die Auswertung der 3D-Seismik und erster Erkundungsbohrungen vorliegen.

Dann hatten wir eine Frage zur Rolle der BEW und Gesprächen mit der BEW. Herr Frey-mark, natürlich werden wir mit der BEW weiter am Tisch sitzen. Auch dazu gibt es einen Maßnahmensteckbrief, der „Runde Tische“ heißt. Wir werden versuchen, die Formate, die wir bisher haben, in der Form weiterzuführen, wenn die Akteure daran interessiert sind, was sie in dem Fall definitiv sind. Wir werden auch versuchen, das auszuweiten. Das aber auch gleich hinsichtlich möglicher Nahwärmeaktivitäten: Erstens ist es so, dass wir nicht zwischen Fern- und Nahwärme differenzieren. Wir sagen Wärmenetze. Das ist auch ein großer Punkt, weshalb wir gesagt haben, dass es eben nicht darum geht, die Fernwärme übermäßig auszubauen, im Gegenteil. Der Wärmeplan sieht einen geringeren Anstieg bei der Fernwärme in der Menge vor als bei neuen Nahwärmenetzen. Energie/Wärme aus neuen Nahwärmenetzen sind im Wärmeplan höher bewertet als der Anstieg bei Fernwärme. Wir werden uns natürlich auch mit potenziellen Wärmenetzbetreibern jenseits der drei großen Fernwärmeversorger zusammensetzen. Dazu wird es in der nächsten Woche einen Termin geben. Wir hatten schon im letzten Jahr einen Termin, um auch Daten zu Nahwärmenetzen zu bekommen, und werden versuchen, auch mit denen das Thema Prüfgebiete zu besprechen, weil wir als planungsverantwortliche Stelle nicht ad hoc in der Lage sind, für alle Prüfgebiete eine entsprechende konkrete Entwicklungsperspektive Stand heute darzustellen.

Zu den konkreten Fragen, was Zahlen, Daten, Fakten angeht, würde ich mit Erlaubnis an Frau Dr. Dunkelberg weiterleiten.

Vorsitzende June Tomiak: Sehr gerne! – Frau Dr. Dunkelberg, Sie haben das Wort!

Dr. Elisa Dunkelberg (SenMVKU): Sehr geehrte Vorsitzende, vielen Dank! – Vielen Dank auch für die Fragen und die Würdigung unserer Arbeit! Auch die Kritik nehmen wir natürlich entgegen und werden uns in den nächsten Jahren noch weiter mit der Fortführung damit beschäftigen.

Ich würde zu zwei konkreten Themen etwas sagen. Einmal zu dem Thema Prüfgebiete: Es ist ein bisschen eine kritische Stimmung durchgekommen, dass es so viele Prüfgebiete sind. Wir haben uns sehr bewusst dafür entschieden. Das Signal, das wir damit senden wollen, ist eigentlich die Chance. Das sind Gebiete, wo die Chance besteht, dass sich Wärmenetze etablieren können. Da kann ich alle nur einladen – das ist auch für uns eine große Kommunikationsaufgabe –, dass das auch so ankommt. Vielleicht zu den Kriterien – das wurde auch konkret gefragt –: Das sind Gebiete, in denen es aktuell noch kein Wärmenetz und keine konkreten Planungen für ein neues Wärmenetz gibt. Es sind Gebiete mit einem relativ hohen Wärmebedarf von einer Dichte von 400 Megawattstunden pro Hektar und Jahr. Das ist ein Signal dafür, dass man ein Wärmenetz voraussichtlich wirtschaftlich betreiben könnte. Das orientiert sich

also an der Gebäudestruktur und den aktuellen Wärmeverbräuchen in diesen Baublöcken. Außerdem ist geprüft worden, ob da eine Liegenschaft mit einem besonders hohen Wärmebedarf ist, dann könnte das ein geeigneter Ankerkunde für ein neues Wärmenetz sein, oder besteht in dem Baublock eine Keimzelle, also eine Schule, Verwaltungsgebäude, Sportplätze beispielsweise auch, weil wir da die Möglichkeit sehen, auch im Zuge der Sportplatzsanierung Geothermienutzung durchzuführen. Es ist aus unserer Sicht ein positives Signal. Es lohnt sich in diesen Baublöcken weiter zu prüfen, ob hier tatsächlich ein Wärmenetz in die Umsetzung kommen kann.

Wir haben zwei Kategorien: Das erste Kriterienset gilt für die Kategorie „Wärmenetzeignung gegeben“. Bei „Wärmenetzeignung hoch“ kommt dazu, dass dort eine oder mehrere Wärmequellen erneuerbarer Art und Abwärme vorhanden sind, die für ein Wärmenetz infrage kommen. Das können Abwasserwärme, eine Abwärmequelle, eine große Dachfläche für Solarthermie oder eine größere Fläche, die geothermisch genutzt werden könnte, sein. Auch da ist es dieses positive Signal nicht nur an die Gebäudeeigentümer, sondern auch an Infrastrukturbetreiber Initiativen zu sehen: Aha, hier gibt es ein Potenzial! –, und sich damit tiefer zu beschäftigen und vielleicht eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Wie gesagt, dass ist eine Kommunikationsaufgabe, die wir selbst in den angesprochenen Runden Tischen beispielsweise mit Wärmenetzbetreibern und den Bezirken verfolgen. Das wird auch die Wärmewendeagentur teilweise abdecken können. Wir schauen natürlich auch weiter, inwiefern man bestimmte Gebiete vielleicht noch einmal hervorheben könnte, weil man wirklich eine sehr hohe Eignung hat. Das sind aber Dinge, die noch in der Erarbeitung sind. Daher an Sie alle die Einladung, das Thema Prüfgebiete positiver zu besetzen! Die Alternative wäre, es dezentrales Gebiet zu nennen. Das sind Gebiete, in denen aktuell ausschließlich eine dezentrale Versorgung besteht. Da wäre unsere Befürchtung eher, dass das Signal, dass dort ein Wärmenetz entstehen kann, nicht verstärken würde, sondern im Gegenteil eher ein Verbleiben bei dezentralen Strukturen die Folge wäre.

Zum Thema Sanierungsrate war die Unterschiedlichkeit im Vergleich mit dem BEW-Dekarbonisierungsfahrplan angesprochen worden. Das ist richtig. Da ist eine höhere Sanierungsrate angesetzt worden. Wir haben natürlich ganzheitlicher auf das Wärmeversorgungssystem geschaut, sowohl die Gebäudeseite intensiver berücksichtigen müssen, im Sinne, was realistisch realisierbar ist – treten Vorfälligkeiten auf oder nicht, wenn Sanierungen stattfinden? Wir sind jetzt so vorgegangen, zum einen, dass ein intensiver Austausch mit der Wohnungswirtschaft zum Thema Sanierungsraten stattgefunden hat und das es ausgeschlossen ist, dass vorgezogene Sanierungen an der Gebäudehülle stattfinden, sondern das im Sanierungszyklus stattfinden kann und das zu den geringeren Sanierungsraten geführt hat. Uns ist auch bewusst, dass es natürlich ambitioniert ist. Da ist auch die Wechselwirkung mit der Fernwärme, wenn die Sanierungsrate oder die Erfolge bei der Sanierung geringer sind. Richtig, dann brauchen wir mehr Energieträger, sei es Strom oder Fernwärme, was sich auch auf die Anschlussdichte auswirken kann – nicht notwendigerweise muss, aber kann. Das ist diese Wechselwirkungen zwischen den Systemen. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Dann noch einmal Frau Senatorin Bonde!

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Die Frage, die von mir noch offengeblieben ist, war die Länderöffnungsklausel zum

Gebäudemodernisierungsgesetz. Im Bundesrat liegt die Federführung bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Dann habe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Hansel.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herr Buchholz, ich wollte noch einmal auf Sie eingehen. Es ist natürlich schon so, dass wir es auch gut fänden, wenn wir eine eigenständige Energieversorgung und nicht von Fremden abhängig wären. Das gehört zum Narrativ von uns eben dazu – die Wärmewende ist auch sehr stromabhängig –, dass wir wieder zur Kernenergie zurückmüssen, nicht zur klassischen alten, sondern zu den kleinen Small Modular Reactors; die ganze Welt macht das, Europa macht das. Befassen Sie sich damit! Wir brauchen das nicht im Dialog machen. Ich will nur sagen, dass das zur Wahrheit dazugehört, dass wir da einsteigen müssen. Dass Sie dann immer noch behaupten, dass Sie mit Erneuerbaren, mit Wind und Sonne ein Industrieland versorgen können, wissen Sie doch, dass das nicht stimmt. – [Zuruf von Daniel Buchholz (BUND Berlin e. V.): Beim Strom bekommen wir es hin!] – Wir schaffen es eben nicht. Bei der Dunkelflaute haben wir Importstrom. Sie nennen es Importstrom. Wir sagen, dass es französischer Atomstrom ist. Wir haben keine Zwischenspeicher, sondern wir haben Gaskraftwerke – [Zuruf von Daniel Buchholz (BUND Berlin e. V.):] –

Vorsitzende June Tomiak: Ich würde einmal kurz um Ruhe bitten!

Frank-Christian Hansel (AfD): – und die Kraftwerksstrategie der Bundesregierung. Wir müssen nämlich über 60 Gigawatt Gaskraftwerke als Brücke für die nächsten 10, 15 Jahre erstellen, bis wir dahinkommen, wo Sie hinwollen. Das ist doch die Wahrheit!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Hansel! Haben Sie noch eine aktuelle Frage?

Frank-Christian Hansel (AfD): Ich wollte nur noch einmal klarstellen, dass wir durchaus für eine vernünftige eigene Energieversorgung sind, ohne auf Autokraten und sonstige fremde Mächte angewiesen zu sein.

Vorsitzende June Tomiak: Wir sind eigentlich in der Fragerunde.

Frank-Christian Hansel (AfD): Die CO₂-freie Kernenergie wird diesem Land auch wieder kommen, ob Sie das wollen oder nicht. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Gut, dann sind wir jetzt am Ende der Anhörung angelangt. Ich möchte mich im Namen des Ausschusses ganz herzlich bei den Anzuhörenden bedanken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben! Ich schlage vor, dass wir die TOP 3 a und b vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht dazu Einvernehmen? – Das ist der Fall, dann machen wir das so.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf
Annahme einer Entschließung
Drucksache 19/3264
Berliner Böden schützen

[0307](#)
UK

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1443
Sozial-ökologisch orientierte Friedhofsentwicklung
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Was sind die Pläne der Senatsumweltverwaltung
zum Friedhofsentwicklungsplan?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0158](#)
UK(f)
StadtWohn

[0229](#)
UK

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.